

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Habliczkova nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6705, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierzehntäglich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— SK, für Deutschland 16.— L. Postfachstation 57644. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die monarchistische Reaktion marschiert.

Auf Schloß Herthenstein in der Schweiz wartet Karl Habsburg auf die Zeit, da er nach Wien zurückkehren kann, um dort die Herrschaft der Habsburger wieder aufzurichten. Wenn es vielleicht auf ihn allein anläßt, so würde er nach den Erfahrungen des mislungenen Osterputsches keinen Appetit danach verspüren, den Absichten auf seine Thronerhebung ein neues Abenteuer folgen zu lassen. Aber hinter ihm, dem Schwächling, stehen Frau und Schwiegermutter, von glühendsten Ehrgeiz erfüllt, die ihre Herrschaftsgelüste nicht verwinden können und deren willenloses Werkzeug Karl ist. Mit ihm warten auch die vielen Generale und Offiziere, die nach dem Umsturz, da Europa in Blut versank, stillos wurden, denen jede ehrliche, produktive Arbeit verhaßt ist und die sich in die neuen Verhältnisse nicht fügen wollen, immer auf den Augenblick wartend, der sie zu Rang und Macht zurückbringen soll. Und mit ihnen warten jene Kreise, denen die Demokratie ein Grauel ist, die nur in der schrankenlosen Unterdrückung jeder Volksfreiheit die Möglichkeit der Sicherung fester Profite erblicken und die Hoffnungen und Wünsche dieser Kreise stützen sich wieder auf die Schichten jener, welche die dem Kriege folgende Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Unwissenheit auf den Wechsel der politischen Staatsform zurückführen und die kurzfristig genug sind, zu glauben, die Wiederkehr des Monarchismus könnte alle wirtschaftlichen Schäden, die der fünfjährige Krieg verursacht hat, bannen.

Die Hoffnungen der monarchistischen Reaktion schöpfen auch noch aus anderen Quellen. Tirol droht mit dem Abfall von Oesterreich und die dort aufgestellten Einwohnerwehren sind unter dem Deckmantel des Heimatschutzes zu einer Schutztruppe der monarchistischen Reaktion und zur Gefahr der demokratischen Staatsform Oesterreichs geworden. Die größte Gefahr geht aber im Augenblick von Westungarn aus. Die durch die Selbstsucht und Hinterhältigkeit ihrer einzelnen Teile bedingte Persöhnlichkeit und Schwäche der großen Entente ist die westungarische Frage weit über ihren ursprünglichen Rahmen herausgewachsen und sowohl zu einer Gefahr für Oesterreichs republikanische Staatsform, wie für den Frieden Mitteleuropas geworden. Ursprünglich war die westungarische Frage nur eine Angelegenheit Oesterreichs und Ungarns, nur die Frage der Durchführung des Trianoner Friedensvertrages und ihre Austragung brauchte nur diese beiden Staaten und etwa noch die Staaten der großen Entente zu berühren. Seither ist die Frage weit über ihre ursprüngliche Bedeutung geblieben und es wird immer sichtbar, daß die schwarzgelbe Kontrevolution sie zum Ausgangspunkt eines Vorstoßes nach Oesterreich, wenn möglich zur Besetzung Wiens und zur Wiedereinsetzung der Habsburger benötigen wollen. Die große Entente hat die Besetzung des Burgenlandes durch die österreichische Reichswehr verhindert und dadurch die Horthyisten förmlich eingeladen, über die einziehende österreichische Gendarmarie herzufallen. Während die Ententemächte ruhig zusehen, wie Ungarn trotz des Verbotes ein großes Heer unter Waffen hielt und es ständig vergrößerte, hat die Entente die Aufrechterhaltung eines zum Schutze Oesterreichs ausreichenden Heeres verhindert. Die Entente sah ruhig zu, wie die ins Burgenland einmarschierende österreichische Gen-

Bandenangriff auf Wiener Neustadt Beschließung von Brud a. S.

Wien, 8. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute Nacht ist eine ungarische Bande über die Leithabrücke bis nach Wiener-Neustadt vorgeedrungen. Sie wurde sofort entdeckt und durch Gewehrfeuer unserer Grenzsicherung zurückgeworfen. Heute Morgen hat der Bürgermeister sofort eine Stadtratssitzung einberufen, in der beschlossen wurde, sich an die Regierung bezüglich eines genügenden Schutzes für Wiener-Neustadt zu wenden. Der Bundeskanzler erwiderte sonderbarerweise, daß für Wiener-Neustadt keine wirkliche Gefahr bestehe. In der vergangenen Nacht stand die Stadt Brud an der Leitha unter lebhaftem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Ungarische Banden griffen vor Pahrensdorf aus unsere Wehrmacht an. Diese antwortete mit Maschinengewehrfeuer, worauf die Banden die Flucht ergriffen, einen Toten auf dem

Platz lassend. Auch in den ersten Morgenstunden und am Vormittage stand Brud unter Feuer. Bei Neubörs (eine halbe Stunde vor Wiener-Neustadt) war die Feuerstätigkeit der Banden sehr lebhaft. Es wurde auch ein Feuerüberfall gegen Schloß Eibüchel versucht. Eine Bande sperrt die Straße bei Mühlenbors, das noch auf ungarischem Boden liegt, gegen Ebenfurt und Gollendorf ab. Zuverlässige Nachrichten besagen, daß in Ebenfurt ununterbrochen reguläres Militär, gemischt mit Zivilisten, eintritt.

Die Selbständigkeit Westungarns in den burgenländischen Grenzgemeinden ausgerufen. Wien, 8. Oktober. Das „8 Uhr-Blatt“ meldet aus Westungarn, daß in allen Gemeinden an der westungarischen Grenze die Selbständigkeit Westungarns durch Plakate unter Trommelschlag verlautbart wurde.

Die kleine Entente auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Wien, 8. Oktober. Die Wiener Abendblätter bringen nachstehende Meldung aus Belgrad: Im Hinblick auf eventuelle Kompensationen in der Frage Westungarns wurden in der letzten Zeit zwischen den Regierungen der Kleinen Entente abwechselnd Verhandlungen geführt. Die Situation ist folgende: Die Kleine Entente steht auf dem Standpunkte der bedingungslosen Erfüllung des Friedensvertrages und die Regierungen derselben sind im ständigen Kontakt und für alle Eventualitäten vorbereitet. Sie sind

auch darin einig, daß sie in allen Richtungen gemeinsam vorgehen werden und die Mittel, welche bei verschiedenen Eventualitäten angewendet werden, werden der Ausdruck des vollkommenen Einvernehmens zwischen Belgrad, Prag und Bukarest und a l l e r d i n g s auch der großen Alliierten sein. Was die monarchistische Bewegung anbetrifft, ist der Standpunkt der Kleinen Entente äußerst entschieden. Die Kleine Entente wird keine Bedrohung von dieser Seite dulden.

Die U. S. P. lehnt die Regierungsteilnahme ab.

Berlin, 8. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er die Antwort der beiden bürgerlichen Koalitionsparteien erwähnt und zu wissen wünscht, ob die U. S. P. bereit sei, vorbehaltlich der Festsetzung des Regierungsprogramms im Einzelnen in dieses Kabinett einzutreten. Das Schreiben schließt: Unsere Partei legt auf den Eintritt der U. S. P. in das Kabinett Wirth den größten Wert, weil dieses damit eine vorwiegend sozialistische parlamentarische Mehrheit erhalten würde, was uns vor allem im Hinblick auf die Steuerpolitik der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der für die Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen geboten erscheint. Das Zentralkomitee der U. S. P. hat in einem Schreiben geantwortet, das folgendermaßen schließt: „Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung der Koalition nach rechts wünschen und nicht nach links, kann ihre wiederholte Frage keinerlei aktuelle und praktische Bedeutung haben. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileitungen und der Reichstagsfraktionen einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung

nehmen. Wie wir bisher zum Kabinett Wirth gestanden haben und in Zukunft stehen werden, haben wir in unserer Antwort vom 5. Oktober klar ausgesprochen. Sämt die Regierung an ihrer Politik im Rahmen der aufgestellten Forderungen fest, so ist ihre parlamentarische Mehrheit in der Steuerpolitik der nächsten Zukunft und für die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen sicher.

Berlin, 8. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Deutsche Volkspartei läßt erklären, daß sie unter folgenden Bedingungen in die Reichsregierung einzutreten bereit sei:

1. Die Anerkennung der Unerschütterlichkeit des Ultimatums durch den Reichsfanzler.
 2. Die Aufrollung der Schulfrage von Reichswegen.
 3. Die Verwerfung der sozialistischen Vorschläge zur Erfassung der Sachverhalte.
- In der nationalliberalen Korrespondenz, dem offiziellen Organ der Deutschen Volkspartei, wird dazu ausdrücklich erklärt, daß diese Partei in der von der sozialdemokratischen Partei beabsichtigten Erfassung der Geldwerte keine annehmbare Form der Besteuerung erblickt. Nach diesen Erklärungen dürfte man auf ein Zusammengehen der Reichssozialisten mit der Deutschen Volkspartei nicht mehr rechnen.

darmerei von den von der ungarischen Regierung ausgetretenen Banden angegriffen wurden, sie duldet es schließlich, daß das Burgenland von ungarischen Banden und regulärem ungarischem Militär wiederbesetzt wurde und sie begnügte sich schließlich ebenso mit der erbärmlichen Komödie der formalen „Übergabe“ Westungarns, die in der Unterzeichnung eines Protokolls bestand, wie mit dem Verbleiben der Banden im Lande, denen sie noch außerdem zum Hohn den Charakter von Sicherheitswehren verlieh. Die Eisernsteilein inner-

falls zeigt die ungarische Regierung weder Waffen und Munition ausrichtet. Jedem die Macht, nach dem Willen, dem Treiben dieser Banden Einhalt zu tun, denn er erblickt in dem bewaffneten Ungarn ein unter Umständen notwendiges und brauchbares Gegengewicht gegen Jugoslawien. In Ungarn hat man auch die Impulenz der übrigen Staaten der großen Entente sehr wohl erkannt, man weiß, daß von der Entente so gut wie nichts zu fürchten ist und so ist das Siegesgefühl in den Lagern derart gewachsen, daß sie immer unverhüllter zu einem großen Angriff gegen das republikanische Oesterreich rufen. Die täglichen Plänkelen der ungarischen Banden mit den Truppen der Reichswehr, die freche Verletzung aller völkerrechtlichen Gesetze durch die Beschickung von außerhalb der Grenzen Ungarns liegender Städte geben hinreichend Zeugnis davon, daß die ungarischen Banden und ihre Führer den Freibrief für jedwede Gewalttat zu besitzen glauben und da sie bereits die Überzeugung besitzen, daß sie für ihre Raubereien Niemand zur Verantwortung ziehen kann, sehen sie auch die Stunde zum endgültigen Losschlagen nicht mehr ferne. Die täglichen Bandeneinfälle in österreichisches Gebiet sind die Exerzierübungen für den letzten entscheidenden Schlag der schwarzgelben Kontrevolution auf das republikanische Oesterreich, das man besonders jetzt, nach dem Kurzschnur der Krone und dem damit ins Furchtbare gesteigerten Glend für hinreichend zermürbt hält, um der Rückkehr der Habsburger keinen größeren Widerstand entgegenzusetzen zu können.

Diese Rechnung der Karlisten stimmt aber nicht. Wenn sie sich die Eroberung Oesterreichs als ein leichtes Spiel vorstellen, dann werden sie, wenn sie ihre Absichten ausführen, merken, daß sie sich täuschen, denn die österreichische Arbeitererschaft wird sich der Rückkehr des blutbesudelten Hauses Habsburg ebenso mit eiserner Faust widersetzen, wie sie gegen die schwarzgelben Räuberbanden der Opatenburg und Bronau auf Tod und Leben kämpfen würde. Sie weiß, daß die Eroberung Wiens durch die entfesselten ungarischen Horden die Auflösung jeder Freiheit, die Niedertrampfung der Arbeiterbewegung, den Mord in Permanenz bedeuten würde. Und sie würde, da es um die Freiheit der Arbeiterklassen, um die Möglichkeit ihrer Entwicklung geht, ihr Letztes daransehen, den schwarzgelben Banditen zu wehren.

Der Vormarsch der Karlisten gegen die Hauptstadt der österreichischen Republik soll, so erhoffen sie, auch die Nachbarstaaten in Mitleidenschaft ziehen, wobei neben Siebenbürgen und Kroatien vor allem die Hoffnung auf die Slowakei setzen, an der sie erwarten, daß dort dieser Vormarsch das Signal zum Aufstande geben werde. Ob diesen Hoffnungen Berechtigung zukommt, darüber ist schwer ein Urteil zu gewinnen, dennoch ist sicher, daß auch die Tschechoslowakei durch die Etablierung der Herrschaft der monarchistischen Reaktion in Oesterreich nicht unberührt bliebe. Auch die Arbeitererschaft dieses Staates läßt sich dann vor große Gefahren gestellt, sobald sie alle Ursache hat, die Vorgänge in Westungarn mit größter Wachsamkeit zu verfolgen, denn sie können die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei vor Entscheidungen von größter Bedeutung stellen. Noch steht die Gefahr nicht vor der Tür, aber in jeder Stunde kann sie zu einer Lebensfrage auch für uns werden. Es gilt gerüstet zu sein. Die monarchistische Reaktion marschiert — sie möge wissen, daß die Arbeitererschaft eiserner Fäuste hat, sich zu wehren.

Wirtschaft und Politik

Man sollte glauben, daß es in allen modernen Staaten der Zweck der politischen Tätigkeit überhaupt ist, das Wohl der Bevölkerung zu fördern. Alle politischen Bestrebungen sollten im Dienste der Wirtschaft stehen, die auswärtige Politik sollte darin ihren Ruhm finden durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten, Glück und Wohl- ergehen ins eigene Land zu bringen. Wirtschaftspolitik und auswärtige Politik müßten in unauflösbarem Zusammenhange stehen, die auswärtige Politik müßte völlig darauf eingestellt sein, der Wirtschaftspolitik zu dienen. Vor auch hier erweist sich die Tradition stärker als die Bedürfnisse der breiten Massen der Bevölkerung. Die republikanische Diplomatie zeigt sich in ihrem Gehaben als Erbin der feudal-monarchistischen Diplomatie, sie wandelt noch immer in den ausgetretenen Bahnen Talleyrands und Metternichs, sie fühlt sich als das wichtigste Glied der staatlichen Politik überhaupt und blickt auf die Wirtschaftspolitik mit Verachtung herab. Der Gegensatz zwischen auswärtiger Politik und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung, das Auseinanderstreben dieser beiden Gebiete staatspolitischer Betätigung ist besonders kraft in der tschechoslowakischen Republik hervorgetreten, seitdem dieser Staat überhaupt besteht.

Das größte Unheil hat im ersten Jahre der Republik das Schlagwort von der westlichen Orientierung angeordnet. Die neuen Machthaber lebten in der Bahnvorstellung, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit unseren Feinden, Deutschland und Österreich möglichst eingeschränkt werden müssen, daß wir wirtschaftliche Beziehungen vor allem mit dem Westen, den Ländern der Sieger, suchen müssen, daß also unser Export nach politischen Gesichtspunkten umgestellt werden müßte. Hohe Zollmauern sollten uns von Deutschland und Österreich abschließen und unser Warenverkehr sollte dem Diktat des Herrn Raschin folgend, sich nach England und Frankreich, Amerika und Italien wenden. Die Wirklichkeit aber erwies sich hier stärker als die berühmte „Energie“ des ersten Finanzministers der Republik und das statistische Staatsamt geriet nicht in die Lage, den Nationalisten die gewünschten wissenschaftlichen Unterlagen für ihre Ideologie zu liefern. Im Jahre 1920 kamen 61.47% unserer Einfuhr aus Deutschland und Österreich, aus den Ländern der großen Entente, England, Frankreich, Belgien, Italien und Amerika, jedoch nur 9.05% und aus den Ländern der kleinen Entente selbst wenn man Polen hinzurechnet, gar nur 5.13%. Von unseren Feinden also kamen 61.47% unserer Einfuhr, von unseren Freunden, u. zw. dem großen und kleinen Ost zusammen 14.8%. Noch ärger steht es mit der Ausfuhr. Deutschland und Österreich nahmen uns im Jahre 1920 79.14% unserer Ausfuhr ab (Deutschland 44.47%, Österreich 37.67%), die große Entente dagegen bezog von uns 6.03% unserer Aus-

fuhrtartikel und die kleine Entente nahm nur mit 3.97% vorlieb. Große und kleine Entente nahmen uns also insgesamt 10% unserer Ausfuhr ab, während fast 80% nach Deutschland und Österreich gingen. Die tschechoslowakischen Staatsmänner hatten mit ihrer Politik entsetzlichen Pech. Die besten Freunde, zu denen wir nach dem Umsturz in Liebe entbrannten, wollten von uns nichts kaufen, selbst die Amerikaner nicht, trotzdem in jeder Geschäftsauslage das Bild des Präsidenten Wilson gehangen hatte, unsere Feinde aber, mit denen wir nichts zu tun haben wollten, und die noch im Sommer 1919 von einem Zollorgan als „mit uns im Kriegszustande befindlichen Mächte“ bezeichnet wurden, kauften uns den größten Teil unserer Ausfuhr ab und ermöglichten es, daß unsere Fabriken nicht stillgelegt, unsere Arbeiter nicht arbeitslos wurden.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die tschechoslowakische Republik ein Exportstaat ist. Sie hat von der alten Monarchie nur ein Viertel der Bevölkerung, aber einen weit größeren Teil der Industrie übernommen. Als Beispiel sei hier nur die Textilindustrie angeführt: von 47 Millionen Baumwollspindeln, die im alten Österreich liefen, haben wir nicht weniger als 35 Millionen übernommen. 74 Prozent der Textilbetriebe, 76 Prozent der Textilarbeiterkraft und 80 Prozent der Arbeitsmaschinen des alten Österreich befinden sich innerhalb der Grenzen der Tschechoslowakei. Die Textilindustrie allein müßte für 6 Milliarden Friedensfranken exportieren, wenn sie den Beschäftigungsgrad, den sie im alten Österreich gehabt hat, beibehalten wollte. Und so wie es in der Textilindustrie steht, ist es noch in einer ganzen Reihe anderer Industrien. In Wahrheit ist der Export von Industrieartikeln die Lebensfrage dieses Staates, nur so kann er die notwendige Einfuhr von Lebensmitteln decken und nur so können seine Arbeiter dem Elende der Arbeitslosigkeit entzogen werden.

Un diesen chernen Tatsachen prüfe man nun die auswärtige Handelspolitik unseres Staates, die zur Sklaverei der Diplomatie herabgesunken ist, zum Mittel einer Politik, welche den wirtschaftlichen Interessen seiner Bewohner ins Gesicht schlägt und die Lebensfrage dieses Staates völlig außer Acht läßt. Das Werkzeug des Herrn Beneš war bis vor kurzer Zeit der Handelsminister Hotovšek, der von ihm abgeschlossene Handelsvertrag mit Frankreich bleibt ein Dokument dessen, wie sehr einzelne unserer leitenden Staatsmänner über die Bedürfnisse der Bevölkerung aus angeblich höheren diplomatischen Rücksichten hinwegschreiten. Der Handelsvertrag mit Frankreich war der Vertrag des Herrn mit dem Knechte, ein Vertrag, der uns fast nichts, den Franzosen aber bedeutende wirtschaftliche Vorteile gebracht hat.

Das neue Ministerium hat vorläufig noch nicht die geringste Anstrengung gemacht, die auswärtige Politik den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bewohner anzupassen. Das Außenhandelsamt liegt, nachdem man für Herrn Hotovšek kein Amt mehr braucht, in den letzten Zügen und man wollte es zu-

nächst vollständig dem Außenministerium antgeben. Ministerpräsident Beneš hat sich zwar entschlossen, diese Absicht aufzugeben und die Agenda des Außenhandelsamtes unter das Ministerium des Außen und des Handels aufzuteilen, aber in einer Weise, daß die oberste Leitung der Handelspolitik dem Außenministerium zufällt. Das auswärtige Amt soll die allgemeinen Richtlinien der Handelspolitik angeben, insbesondere die Handelsvertragsverhandlungen einleiten, ihre Tendenz bestimmen und sie überwachen. Das heißt nichts anderes, als daß die Bedürfnisse des Außenamtes maßgebend sein werden für unsere ganze Handelspolitik, daß unsere Handelspolitik auch weiterhin die Dienerin des politischen Imperialismus des Staates sein soll, was geeignet erscheint, die wirtschaftlichen Aussichten der tschechoslowakischen Republik für die Zukunft nicht gerade zu verbessern. In einer Zeit der Wirtschaftskrise, da die Regierung alle Mittel ergreifen sollte, um den Export zu heben und dadurch das Uebel der Arbeitslosigkeit zu lindern, legt sie das wirtschaftliche Schicksal der Republik in Hände, die ihrer ganzen Natur nach dazu am wenigsten geeignet sind, in die Hände der Diplomatie. Würde in diesem Staat nicht alles vom nationalpolitischen Standpunkt beurteilt werden und würden sachliche Momente in der Politik entscheiden, würde von allen Seiten gegen die Absicht des Ministerpräsidenten protestiert werden. So aber herrscht die Ruhe des Kirchhofs, der Kampf der Nationen hat die Vernunft erschlagen.

Germanischer Bauernkongreß

In den Tagen vom 30. September bis zum 2. Oktober hat in Graz der zweite germanische Bauernkongreß stattgefunden, der die Arbeiten des in Karlsbad im Dezember vorigen Jahres abgehaltenen ersten Kongresses fortsetzen sollte. Der Kongreß war von 644 Delegierten besucht und das nicht nur aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei, sondern auch aus Norwegen, Finnland, Rumänien und der Ukraine. Die Tatsache, daß die Agrarier verschiedener Länder zusammenkommen, um eine gewisse Einheitlichkeit in ihre Politik zu bringen, ist auch für die Arbeiterbewegung beachtenswert, die daselbst gefaßten Beschlüsse rufen auch die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Arbeiter-schaft wach, die in jahrelangen Kämpfen für ihre agrarische Gegner Interesse zu gewinnen Gelegenheit hatte.

In den Artikeln, mit denen die agrarische Presse diesen Kongreß begleitete, wurde der Hauptzweck der Veranstaltung ganz offen einbehalten. „Es erscheint uns heute schon klar“, so schrieb die „Deutsche Landpost“, „daß Sozialismus und Kommunismus nur durch die Zusammenarbeit der Bauern Europas wirksam bekämpft werden können. Den international organisierten Kräften der Revolution stellen wir den Block der für die Erhaltung der Ordnung und fortschrittlichen Entwicklung kämpfenden Bauernmassen entgegen.“ Die Agrarier bekämpfen seit Jahren in Gemeinschaft mit dem gesam-

ten Bürgertum die internationale Sozialdemokratie, sie haben die sozialdemokratischen Arbeiter schon oft und oft als Nationsverräter hingestellt und sich als die alleinigen, fernigen und an der Scholle hängenden einzigen wahren deutschen Volksgenossen bezeichnet. Wo es ihre materiellen Interessen zu vertreten gilt, sind sie jedoch gerne bereit, mit ihren anderssprachigen Klassengenossen zusammenzugehen und sich sogar von Zeit zu Zeit durch verführerische Neben den tschechischen Agrariern, die in der Regierung sitzen und dadurch einen großen Einfluß auf die Staatsgeschäfte haben, zu empfehlen. Diese zweideutige Stellung kommt auch in der in Graz gefaßten Entschließung geradezu klassisch zum Ausdruck. Es heißt da: „Wir warnen unser deutsches und das gesamte germanische Landvolk, sich auch nur in Worten auf internationale Grundsätze festzusetzen. Dagegen sind zwischenstaatliche Verbindungen und Vereinbarungen aller landwirtschaftlichen Vertretungskörper durchaus zu begrüßen.“ Also die sozialdemokratische Internationale, pfui, das ist Gift fürs Landvolk, aber die internationale agrarische Interessengemeinschaft, ja Bauer, das ist etwas anderes! — Vorläufig also: Zusammenfassung des agrarischen Landvolks germanischer Rasse, Errichtung eines Sekretariats, Herausgabe einer Zeitschrift, überstaatliche Zweckverbände, zwischenstaatliche Vereinbarungen „zum Zwecke einheitlicher Stellungnahme zu Fragen der Landwirtschafts-gesetzgebung.“ später wird sich schon die bereits lose angeknüpfte Verbindung mit den Agrariern der anderen Nationen fester gestalten lassen. Herrscht doch in den Agrarparteien, die auf dem Boden des alten Österreich wirken, noch die Tradition Hohenblums. Der Kampf gegen den Sozialismus, insbesondere die Sozialisierungsbestrebungen, im Sinne einer Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Betriebsführung, wie es in der Resolution heißt, wird von alle diejenigen, die für Palm und Ähre streiten, zusammengeführt. Insbesondere gegen die „landfremden Leute“, die in die stillen Dörfer Zivildienst und Unfrieden tragen und die vorher hochzufriedenen Landarbeiter „aufheben“, müssen sich die Agrarier aller Länder zusammenschließen. Das Erwachen der Landarbeiter zum Massenbewußtsein, zum Bewußtsein der Solidarität mit den Industriearbeitern, das ist der wahre Bauernschred, den die Agrarier fürchten.

Von Interesse sind auch die Beschlüsse, die sich gegen den heutigen Parlamentarismus richten. Zu den Gegnern der Demokratie von links gefellen sich also auch die Gegner von rechts. Der Grund ist klar: die Mittel- und Großbauern können die Kleinlandwirte, die den größten Teil der Wählerschaft der agrarischen Parteien stellen, nicht mehr bei der Stange halten, sie wollen daher nicht das Parlament, in dem der Wille der Mehrheit der Bevölkerung entscheidet, sondern Berufsständelammern, in denen die wirtschaftliche starken Großbauern die Mehrheit und Führung haben und nach Herzenslust Politik machen können.

Die einzig vernünftigen Beschlüsse, sind diejenigen, welche die Förderung des Genossenschaftswesens und den Ausbau des landwirtschaftlichen Fortbildungsunterrichts

Feuilleton.

Jean Voltaire:

Balamedes bei den Ferrosagen.

Das ferrosagische Heerwesen.

In den „Denkwürdigkeiten des Balamedes“, die nur nach und nach einem verehrten Publikum zugänglich gemacht werden können, ist besonders der höchst merkwürdigen öffentlichen Einrichtungen der Ferrosagen gedacht, die Balamedes kennen zu lernen, Gelegenheit hatte und die als Musterbild des Unschicklichen anzuführen er nie unterließ. Einen beträchtlichen Teil dieser „Denkwürdigkeiten“ bilden Marginalien über das ferrosagische Heerwesen, welche zur Verlesung der Unverständigen hier aufgezichnet seien.

Zur Zeit des großpultomanischen Staates waren die Ferrosagen leidenschaftliche Gegner des Heerwesens, freilich nur des pultomanischen, denn sie selbst, wie sich später zeigte, hatten nach Gründung ihres eigenen Staates und nach Unterjochung der bei ihren Nebenbarnen hinträumenden Pultomanen, nichts eiligeres zu tun, als sich ein eigenes Heerwesen zu schaffen, das sowohl ihrer Stellung als auch ihrer robusten Natur entsprach und für das sie denn, als für ein Symbol ihrer Staatsgewalt große Bekanntschaft auszuweisen nicht anstanden. Getroselt konnte man sagen, daß sie hinsichtlich des Heerwesens pultomanischer als die Pultomanen waren. Hatte der pultomanische Hauptmann

durchschnittlich 5-6 Orden, so hatte der ferrosagische mindestens ein klingendes Dutzend und waren die pultomanischen Ordensbänder zweifarbig, so paradierte der ferrosagische Zenturio mit Ordensbändern in allen Regenbogenfarben papageienartig über die Corpsos dahin.

Balamedes hatte Gelegenheit mit dem Hauptordnungsminister (es soll vielleicht Hauptordnungsminister heißen). Der Streit der Philologen über die richtige Lesart ist noch nicht abgeklungen, der ferrosagischen Armee bekannt zu werden. Dieser Mann war vor Jahren ein ufer der Ferrosagen herborkommender Dichter gewesen und pflegte besonders gegen das Heerwesen freilich wiederum nur gegen das der Pultomanen) zu eifern. Die Ferrosagen setzten ihn darum, mit Recht vermutend, daß hinter seiner Abneigung gegen das pultomanische Heerwesen, sich eigentlich nur Zuneigung für das ferrosagische verberge, zum Oberaufseher ihrer Legionen ein. Er pflegte in eigens für ihn bestimmten Wagen schweißig mit martialischem Gesichtsausdruck ein Schwert in der Rechten und eine Axt in der Linken auf den Beerstrahlen der Ferrosagen einer Windbraut vergleichbar dahinzuziehen und sich solchermaßen böstig für das Gedeihen und Wachsen der ferrosagischen Kriegskunst einzusetzen. Dieser seltsame Mann an einem so ungewöhnlichen Posten zeigt deutlich, wie sehr es die Ferrosagen verstanden, bei Besetzung ihrer Ämter die widersprüchlichsten Gegensätze, als etwa Wolle und Aes in der Harmonie eines stamessigen Zwillinges aufzutreten zu lassen. Immer wenn bei ferrosagischen Gastmählern von diesen wahrhaft vielseitigen Würdenträger die Rede war, ent-

standen Meinungsverschiedenheiten und Janf. Die einen verglichen ihn mit Pindar, während die anderen behaupteten, Achilles stände ihm dem Wesen nach am nächsten. Am Ende aber einigten sich beide Parteien dahin, daß er nur mit sich selbst verglichen werden könne und jeder andere Vergleich im Hinblick auf die einzigartigen Verdienste dieses Mannes sowohl um die ferrosagische Poeterei als auch um die Kriegskunst dieser Nation notwendig hinken müsse.

Eine der ferrosagischen Armeen besondere Einrichtung, die Balamedes sonst in keinem Lande wahrgenommen hat, war die Pflege eines innerlichen Verhältnisses der Soldateska zu den Künsten, zumal dies wie wir eben sahen, vollkommen der Persönlichkeit der leitenden Männer entsprach. Mindestens einmal in der Jahreszeit pflegte jede Kohorte in eine pultomanische Stadt ausgesandt zu werden, um sich dort mit dem Studium der Denkmalspflege abzugeben, die in der ferrosagischen Armee zu unerhörter Blüte gelangte. Die Art und Betreibung dieser Denkmalpflege war für die ferrosagische Soldateska geradezu eine Lebensaufgabe und gestaltete sich zu einem Sport, der zuweilen mit so mania-kalischer Lust betrieben wurde, daß diejenigen Pultomanen, die mit dem Vorgehen bei solcher Denkmalpflege nicht einverstanden waren, von der wild gewordenen Soldateska erbar-mungslos in Stücke gerissen wurden. Ueberhaupt fielen Pultomanen öfters derartigem organisierten Treiben zum Opfer, denn den ferrosagischen Legionären machte es gar nichts aus, bald an diesem, bald an jenem Orte einige Pultomanen abzuschlachten, was denn zur Ursache vieler innerer Kriegen und Zwistig-

keiten im ganzen Staate wurde. Insbesondere, da die Pultomanen von Natur sehr vergeßlich sind, und die Ferrosagen erklärten, man möge doch um Himmels willen wegen einiger toter Pultomanen nicht so viel Aufhebens machen, entschwinden solche Vorfälle sehr bald aus der Erinnerung der Bürgerschaft.

Die Ferrosagen riefen zur Organisation ihrer Armee eigens dazu bestellte Gallier herbei. Die Gallier kamen, ließen sich in klingender Münze bezahlen und stolzierten in bunten Wämfern wie Puthähne durch die Straßen der Residenz. In die pultomanischen Städte werfen sie harte ferrosagische Besagungen, harten kostspielige Ballisten, Sturmbräde und Katapulte, sahen im übrigen auf ihren Vorteil und ließen Gott sorgen. „Niemand“, so ruft Balamedes, an einer Stelle seines Berichtes aus, „sah ich noch ein Volk, das sich in so vernünftiger Weise aus bloßer Furcht vor der Abhängigkeit von der einen Nation in die Abhängigkeit einer anderen begab.“ Die Gallier lächelnd listig, kümmernten sich wenig um die ivenen Taten ihrer Gastgeber und unter dem Dedmantel der Hilfeleistung gingen sie ihren eigenen Geschäften nach, indem sie ganz ferrosagien allmählich zu einer gallischen Probing umzuformen bestrbt waren, was ihnen denn bei der Reichthümbigkeit der Ferrosagen nicht sehr schwer wurde. „Ueberall“, so berichtet Balamedes, „ehrte man diese Gallier in geradezu unbegreiflich übertriebener Weise, jeder Mann von Welt suchte ihren Verkehr und für die Frauenzimmer der Ferrosagen gab es nichts Schöneres, denn als Beischläferin eines gallischen Offiziers zu gelten.“

berlangen. Sie können nur dahin führen, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, die Kleinbauern, durch deren Organisierung wirtschaftlich unabhängig zu machen, was durchaus im Interesse des Proletariats gelegen ist.

Leider hat man über die Debatten, die auf dem Kongress geführt wurden, nicht viel erfahren. Der Grund liegt wohl darin, daß, wie eine agrarische Zeitung vor der Tagung schrieb, „die wichtigsten Gesichtspunkte der Handels-, Zoll- und Finanzpolitik den größten Teil der Beratungen beanspruchen werden.“ Das dürfte auch der unmittelbare Zweck der Tagung gewesen sein. Die Agrarier haben die gebundene Wirtschaft in allen Ländern unmöglich gemacht, sie haben die Weltmarktpreise für Getreide herabgeführt, aber schon jetzt genügt ihnen das nicht. Mit dem Essen ist ihr Appetit gewachsen. Sie fürchten, die Konkurrenz am Weltmarkt wird die Preise des Getreides trotz der Entwertung der Wäskuta in Mitteleuropa drücken. Sie wollen daher durch Zölle die Einfuhr des Getreides erschweren, die Massen der Konsumenten aushungern und die Preise über das Weltmarktniveau hinaufstreben. Dieses Streben mit aller Kraft zu bekämpfen ist eine der wichtigsten und aktuellsten Aufgaben der sozialistischen Parteien aller Länder.

Inland.

Was für ein „Symptom“ ist die Vernichtung des Brünner deutschen Theaters? Das deutschgeschriebene Regierungsblatt steht mitten in dem chronischen nationalistischen Fieber, der den tschechoslowakischen Leib seit seiner Geburt schüttelt, Symptome seiner Gefundung. So ein Symptom ist, daß man den Prager deutschen Theaterverein für den gerichtlich beständigen Klau des Landestheaters — iustitia fundamentum regnorum est — eine Summe bietet, die kaum für eine ordentliche Bühnenausstattung, geschweige denn für einen ganzen Theaterneubau hinreicht; so ein Symptom zur Besserung der unhaltbaren Nationalitätenverhältnisse in diesem Staate ist auch angeblich, daß man Unbekannten auch erlaubt, sich nicht der ihm unbekannt „Staatsprache“ zu bedienen, wogegen der nichttschechische Zurländer in vielen Fällen hierzulande den Behörden und Adressaten wehrlos ausgeliefert bleibt, und so ein Symptom zur Besserung der Verhältnisse ist endlich, daß man gegen gewalttätige Soldaten die Strafanzeige erstattet. Aber am gleichen Tag, da die Regierungspresse ihre Ernte der Symptome zu einer Besserung der nationalen Verhältnisse hält, geschieht in Brunn etwas, das wieder wie ein Symptom noch länger Leiden ausstößt, die die Deutschen dieses Staates seit dessen Entstehen zu erdulden haben: Die Brünner deutsche Schaubühne soll in einer Stadt von 60.000 Deutschen vernichtet werden. Der „Kultur-ausschuß“ des Brünner Gemeinderats, der seit dem Umsturz aus Dreiviertel Nichtbrünnern besteht, hat Freitag beschlossen, den Mietvertrag mit dem deutschen Theaterverein nicht mehr zu erneuern. Das bedeutet, daß dieser „Kultur-ausschuß“ eine vornehme Bühne, die seit dem Jahre 1772 besteht, einfach obdachlos macht und somit vernichtet. — Wer nach Symptomen für eine Besserung der Nationalitätenverhältnisse in diesem Staate auspäht, kann in dem neuen Theaterbau nur das Gegenteil finden: Die Krankheit selbst, die die Psyche des tschechischen Volkes seit Jahren deformiert hat. Ein tschechischer Sozialdemokrat war der Wortführer bei dieser Unkulturakt! Die tschechischen Genossen von der Hybernergasse, die erst unlängst gegen die nationalistische Verheerung Stellung genommen haben, mögen prüfen, ob sie die Tat ihres Vertrauensmannes in dem sogenannten Kultur-ausschuß mit ihren erst kürzlich geäußerten Absichten vereinbaren können. Kann unter solchen Umständen das deutsche Volk in der Tschechoslowakei sein Selbstbestimmungsrecht zugunsten dieser Republik ausüben? Mit Totschweigen kann man eine Krankheit nicht heilen. Der Fall von Brunn ist für das ganze deutsche Volk in diesem Staate, insbesondere aber für die 800.000 Deutschen während so schmerzlich, daß man über die Tatsache der Vernichtung des Brünner deutschen Kulturlebens nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Wir denken hierbei in erster Linie an die tschechischen Sozialdemokraten, die eine derartige Unkulturakt nicht zugeben dürfen. Man heilt nicht einen Kranken Körper, indem man ihm neue blutige Wunden schlägt.

Tschechische und deutsche Abstammungspolitik. „Pravo Lidu“ zieht einen treffenden Vergleich zwischen der Abstammungspolitik des tschechischen Bürgertums — bekanntlich mieden die tschechischen Abgeordneten durch volle 16 Jahre, von 1868 bis 1879, den Wiener Reichsrat — und der gegenwärtigen Abstammungspolitik des deutschen parlamentarischen Verbandes und sagt: „Das deutsche Bürgertum vergleicht des öfteren seine Lage in der Republik mit der

Lage der Tschechen in Oesterreich. Es ist dies zwar kein treffender Vergleich, aber lassen wir ihn heute gelten. Dann aber sollten die Deutschnationalen die Blätter der Geschichte der tschechischen Politik durchgehen, welche auch ihre Periode der Abstinenz hatte und sollen lernen, wie diese Politik gedeutet hat. Die tschechischen Abgeordneten mieden durch 16 Jahre die Sitzungen des Wiener Reichsrates. Das Ergebnis war, daß die österreichische Gesetzgebung während ihrer Abwesenheit insbesondere in wirtschaftlicher und nationaler Hinsicht weit ungünstiger war, als sie es bei ihrem Dabeisein gewesen wäre. Haben trotzdem die tschechischen Politiker in ihrem staatsrechtlichen Idealismus die Abstinenz aushalten können, so hauptsächlich aus dem Grunde, weil wir damals eine arme Nation waren, ohne Industrie- und Finanzkapital, das damals durchwegs in deutschen Händen war. Der furchtbare Fall der alttschechischen Partei, die nach der Periode der Abstinenz politisch von der jungtschechischen Partei, deren Politiker gegen die Abwesenheit vom Reichsrat ausgetreten waren, hinweggefegt wurde, hat auch seinen wirtschaftlichen Hintergrund gehabt. Die jungtschechische Partei war eine Partei des jungtschechischen Bürgertums, das den altväterlichen Schuhen entwachsen war und bei uns den modernen Liberalismus vorgestellt hat, der sich auf die verheißungsvollen Anfänge tschechischer Industrie und tschechischen Handels gestützt hat. Diese Bourgeoisie wurde dank ihrer materiellen Interessen zur Abwehr der Abstinenzpolitik gedrängt, wenn sie sich auch unter die jungtschechischen Fahnen unter dem Namen eines kämpferischen Staatsrechtlerturns und kräftigen Nationalismus einreichte. Aus dieser jungtschechischen Partei entstand mit der Entwicklung des tschechischen Kapitals die positive Politik Kramarschs, ihre ehemaligen Hochverräter, die in österreichischen Kernern geschmachtet hatten, setzten sich auf die Ministerstühle und nahmen die Titel von Geheim-, Hof- und kaiserlichen Räten sowie Orden vom österreichischen Kaiser an. Das deutsche Bürgertum in unserem Staat ist von Parteien vertreten, hinter denen die mächtigsten Kreise des Industrie- und Finanzkapitals der Republik stehen, mächtiger als das gesamte Kapital, das von der tschechischen Bourgeoisie beherrscht ist. Diese Kreise vertragen auf die Dauer keine Abstinenzpolitik, ja, wir wagen es zu sagen, sie vertragen nicht einmal auf die Dauer eine Oppositionspolitik. Diese Kreise können den Weg einer national-revolutionären Politik, die den Staat regiert und die nationale Selbstbestimmung der Deutschen in der Republik zu ihrem einzigen Inhalt macht, nicht beschreiten.“ — Die historische Parallele, die das „Pravo Lidu“ im vorstehenden zieht, entspricht der materialistischen Geschichtsauffassung und ist in ihrem Kern sicherlich richtig.

Ihre Wiederkehr. Prager bürgerliche Blätter melden: Samstag vormittags trat der Deutsche Parlamentarische Verband zu einer Vollsitzung zusammen, um über die weitere Taktik des Verbandes schlüssig zu werden. Vorher fanden Beratungen der einzelnen Klubs statt, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Nach eingehender Debatte wurde der Beschluß gefaßt, sich an den Sitzungen der Nationalversammlung zu beteiligen, da durch das Verschwinden der Beamtenerregierung die Voraussetzungen für eine Abstinenz der Mitglieder des Verbandes fehlen. Samstag abends begeben sich 24 Mitglieder des Deutschen parlamentarischen Verbandes. Angehörige aller im Verbands vereinigten deutschbürgerlichen Parteien, in die Slowakei.

Udrzal Ministerpräsident-Stellvertreter. Das tschechische Presbüro meldet: Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat in ihrer am 5. Oktober abgehaltenen Sitzung den Minister für Nationalverteidigung Franz Udrzal zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten gemäß den Bestimmungen des § 71 der Verfassungsurkunde gewählt.

Ausperrungen im Ostrauer Revier.

Mähr.-Ostau, 8. Oktober. Wegen des schlechten Abfahrs und der großen Vorräte von Kohle wurde gestern in allen drei Schichten die Arbeit auf allen Laßrich-Gruben, in allen Witzel-Werken, auf der Grube und in der Kofere der Alpine eingestellt. Auch Montag wird in diesen Werken nicht gearbeitet werden. Die Koferei und die Grube der Alpine soll aus denselben Gründen und im Auftrage der Wiener Direktion für die Zeit der Krise vollkommen stillgelegt werden. Dieser Beschluß verursachte unter der Belegschaft große Erregung. Im ganzen wären 1100 Arbeiter und 170 Koffer betroffen. Die Arbeiter sind bei den zuständigen Behörden eingeschritten, um den Unternehmungen nicht zu gestatten, die Arbeit einzustellen.

10. Oktober: Entree von Venedig. Rom 8. Oktober. (Ag. Stef.) Wie verlautet, erstattete Minister des Reichern, Marschese della Torretta im Ministerrat einen Bericht über die burgenländische Frage. Er teilte mit,

daß er am 10. Oktober nach Venedig abreise, um dort mit den Delegierten Oesterreichs und Ungarns zusammentreffen um über die Italien übertragenen Vermittlung zu verhandeln.

Der Achtstundentag in Deutschland in Gefahr.

Berlin, 8. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der amtliche preussische Pressebericht erklärt zu der Verlängerung der Arbeitszeit in den Leinwandwerken, daß das Übereinstimmen mit ähnlichen Vorgängen in der übrigen chemischen Industrie und daß die Einführung der 56-Stunden-Arbeitswoche auch in dem Entwurf zum Reichsarbeitsgesetz vorgesehen ist. Diese Darstellung ist falsch, denn die chemische Industrie hat die 56-Stundenwoche im Gegenteil wieder abgeschafft und auch bei den Verhandlungen in Höchst ist ihre Wiedereinführung einstweilen zurückgestellt worden. Die „Freiheit“ sagt zu den Angriffen auf den Achtstundentag: „Es liegt die Gefahr vor, daß der Achtstundentag in so weitem Umfange umgangen wird, daß für die Arbeiterkraft daraus außerordentliche Schäden entstehen müssen. Für die Gewerkschaften ergibt sich die Notwendigkeit, diesen Streich abzuwehren und sofort in großem Umfange Vorkehrung dagegen zu treffen. Eine Neuherung der Gesamtorganisation der deutschen Gewerkschaften zu dieser Angelegenheit, die von grundsätzlicher Bedeutung ist, ist dringend erforderlich. Wir erwarten, daß die Spitzenorganisationen die notwendigen Schritte bei der Regierung ohne Zögern tun werden.“

Deutschlands Aufwand für Besatzungskosten.

Paris, 6. Oktober. Auf der Grundlage des heute vormittags mitgeteilten Beschlusses der Reparationskommission für die Berechnung der Besatzungskosten, für die bis zum 1. Mai 1921 der Durchschnittskurs desjenigen Vierteljahres zu berechnen ist, in dessen Verlaufe die Ausgaben entstanden sind, betragen diese Kosten für die Zeit vom 11. November 1918 bis 30. April 1921 in der Währung der einzelnen Besatzungsmächte: Amerika: 278.087.610 Dollar, Frankreich 2.304.850.470 Fr., England 52.881.298 Pf. Sterling, Belgien 378.731.390 belg. Fr., Italien 15.207.717 Lire. Auf Ersuchen Frankreichs hat die Reparationskommission beschlossen, die Besatzungskosten nach dem Durchschnittskurs des Vierteljahres in Goldmark auszurechnen. Hieraus ergaben sich folgende Ziffern: Amerika 1.106.732.830 Goldmark; 12 Pf., Frankreich 1.276.450.638 G.-M., 42 Pf., England 991.016.359 G.-M., 53 Pf., Belgien 194.706.228 G.-M., 27 Pf., Italien 10.064.861 G.-M., 29 Pf., zusammen rund 3.339.500.000 Goldmark.

Die Franzosen über Wiesbaden.

Paris, 8. Oktober. (Sabas.) Die Presse nimmt das Wiesbadener Uebereinkommen einmütig in sehr günstiger Weise auf. Die Blätter heben die ungewöhnlich praktische Bedeutung des Abkommens hervor, in dessen Abschluß sie ein glückliches Ereignis auf dem Wege zur Wiederherstellung regelmäßiger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erblicken.

Tirol sucht vergebens Anschluß an Deutschland.

Berlin, 8. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Wie der „Kölnische Anzeiger“ meldet, haben zwischen den Vertretern Tirols, die den Anschluß an Deutschland wünschen, und der Reichsregierung unerbittliche Besprechungen stattgefunden. In Tirol ist eine starke politische Gruppe vorhanden, die die Loslösung Tirols von Oesterreich als erstes Ziel verfolgen. Das soll die Etappe bilden zum Anschluß an das Deutsche Reich oder Bayern. Die Stellung der Reichsregierung ist durch den Friedensvertrag gegeben. Dieser schreibt dem Deutschen Reich vor, daß es sich in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs keineswegs einmischen darf, außerdem verbietet er den Anschluß Oesterreichs an Deutschland. Die Reichsregierung wird diesen Gedanken bei den Verhandlungen mit den Tirolern scharf betonen und unter allen Umständen ablehnen auf das Anerbieten der Tiroler eingehen.

Berlin, 7. Oktober. (Ag. B.) Wie die Blätter aus Haag melden, hat bei der Eröffnung des Unterhaus Sessions, der liberale Koalitionslandtag, eine Resolution gegen den Arbeiterkandidaten erlassen, der mit einer Mehrheit von 4000 Stimmen gewählt wurde.

Berlin, 7. Oktober. Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus Rom: Die italienische Regierung hat dem Mitglied der Sozialistischen Bewegung Sunaersti, der auf dem sozialistischen Parteitag in Mailand die dritte Internationale vertreten sollte, die Einreise verweigert.

Oesterreichischer Bundesrat.

Wien, 8. Oktober. Der Bundesrat genehmigte die gestern vom Nationalrat beschlossenen Gesetze betreffend die Sicherlegungen der Bänderbank und der Anglo-Bank, sowie das Bankkontrollgesetz. Im Laufe der Debatte protestierte der Großdeutsche Bierbauer gegen das Distat-Entente, welche die beiden Bankgesetze annehmen zwang. In Besprechung der westungarischen Frage verwies er auf die Haltung Ungarns unter Duldung der Entente der österreichischen Republik drohenden Gefahren und erklärte, wenn der Vertrag von Trianon nicht restlos erfüllt wird, dann ist auch der Vertrag von Saint Germain in Gefahr zu verfallen und wir können auf das Näherwerden des Tages hoffen, der uns die Bahn zum Anschluß an das Deutsche Reich freimacht.

Paul Keri verzichtet auf Gnade.

Budapest, 7. Oktober. Der Präsident des Strafgerichtshofes ließ heute den zum Tode verurteilten Paul Keri vorführen und richtete an ihn die Frage, ob er, wenn er schon gegen das Todesurteil keinen Rekurs ergriffen habe, nicht um seine Begnadigung ansuchen werde. Keri bejahte dies. Der Präsident nahm diese Aeußerung zu Protokoll und forderte sodann den Verteidiger Keri mittels Gerichtsbeschlusses auf, im Sinne der Strafprozessordnung für seinen Klienten binnen drei Tagen das Gnadengesuch einzureichen.

Die Rot in Rußland.

Gefährdung des Bahnverkehrs. Kopenhagen, 7. Oktober. Moskauer Zeitungen berichten: Wenn im Laufe der nächsten Zukunft keine größere Menge Brennmaterial geschaffen würde, müßten die meisten der noch in Betrieb befindlichen Eisenbahnen ihren Betrieb einstellen.

Rumänische Rüstungen.

Die Völkerverbündsammlung in Genf unterhielt sich tagelang über die Möglichkeiten der Abrüstungen, Harding beruft die Großmächte nach Washington, um den Rüstungstauern zur See einzuschranken. Der rumänische Kriegsminister aber verlangt zu der Milliarde bei seines ordentlichen Budgets neuerdings 7 1/2 Milliarden für außerordentliche Ausgaben. Die Ziffer spricht für sich selbst. Rußlands Nachbarn denken nicht daran, Frieden zu halten. Durch provokante Rüstungen geben sie sich vielmehr die ehrliebe Mühe, den großen Nachbar in Unruhe zu halten, bis aus der fortwährenden nervösen Gereiztheit ein neuer Krieg entspringt. Es ist den rumänischen Genossen hoch anzurechnen, daß sie sich den Forderungen ihrer Kriegshetze mit aller Macht entgegenstellen.

Rumänische Justiz.

Bukarest, 7. Oktober. Das Kriegsgericht in Klausenburg hat nach einmonatiger Verhandlung gegen 68 Magyaren, die der Verletzung des Schwörens gegen den Staat angeklagt waren, das Urteil gefällt. Anwesend waren nur 19 Beschuldigte, die übrigen befinden sich in Ungarn. Es wurden Strafen von 5 bis 15 Jahren Zwangsarbeit ausgesprochen. Der abwesende Leutnant Terfanski wurde zum Tode verurteilt, 18 erhielten lebenslängliche Zwangsarbeit.

Eine Untersuchungskommission für Albanien.

Genf, 6. Oktober. (Ag. P. B.) Der Völkerverbund beschloß in seiner Sitzung, die aus drei Mitgliedern bestehende Untersuchungskommission für Albanien zu ernennen. Diese Kommission soll, sobald die Vollstreckungsverordnung die Grenzen Albanien festgesetzt hat, die Ausführung der von den alliierten und assoziierten Hauptmächten getroffenen Entscheidungen feststellen und für etwaige Unruhen an den albanischen Grenzen Reduzierung ablegen.

Der Streit um Scharung.

Peking, 8. Oktober. (Sabas.) In ihrer Antwort auf die japanische Note in der Scharungfrage erklärte die chinesische Regierung, daß die von Japan vorgeschlagenen Verhandlungsvorauslagen unannehmbar seien. Die chinesische Regierung verlangt die Rückgabe Ri-auschaus und die Zurückziehung der japanischen Truppen aus diesem Gebiete. Ri-auschaou, an der Südküste der chinesischen Provinz Scharung, wurde 1898 vom Deutschen Reich auf 99 Jahre gepachtet, während des Krieges von den Japanern besetzt (Ende 1914) und im Frieden von Versailles Japan zugesprochen, jedoch unter der Verpflichtung, es später wieder an China zurückzugeben.

Der Streit um Albanien.

Um Albanien ist seit Jahren mehr noch als um andere strittige Länder mit Intrigen und geheimen Wühlereien gekümmert worden, zuerst zwischen Italien und der österreichischen Monarchie. Konferenzen in London und Florenz grenzten 1913 die Interessensphären der beiden Staaten, der Lauf des Skumbi entlang ab, doch erhoben überdies Montenegro auf Skutari, Griechenland auf Korika Ansprüche. Diese wurden durch die Grenzbestimmung des damals neu gebildeten Staates nicht befriedigt, so wie die Albaner stritten, weil große Volkssteile den Serben zugeteilt wurden. Während des Weltkrieges bot dann Österreich, um Italien neutral zu erhalten, dem wankenden Bundesgenossen Balona an und ebenso übertrug der Londoner Vertrag, durch welchen sich Italien 1915 der Entente verschrieb, diesem Staate das Protektorat über Albanien. Die Albaner selbst waren damit nicht unzufrieden. Zwar erklärten sie sich im Streit mit den Griechen um Korika unabhängig, doch erkannten sie Italien als ihren eigentlichen Beschützer an. Erst ist das Ende des Weltkrieges und die Skrupellosigkeit mit welcher Italien Teile Albanien gegen das heftig begehrte Fiume einzutauschen versuchte, bewirkten einen Stimmungsumschwung und endlich einen entitalienischen Aufstand der Albaner. Soldatenmüderien und Eisenbahnerstreiks zwangen Violetti zum Nachgeben. Im Frieden von Tirana verzichtete er auf Balona, das Gibraltar der Adria und gab damit die Transbalkanbahn und die an diese anknüpfenden italienischen Handelshoffnungen auf. Zudem er aber die dem Hafen von Balona vorgelagerte Insel Sasona behielt, schob er auch den strategischen Hoffnungen der Jugoslawen einen Niesel vor. Verhandlungen der jüngsten Zeit in London schränkten die griechischen und serbischen Hoffnungen noch mehr ein, da sie Albanien Grenzen von 1913 bekräftigten, Sasona bei Italien, Korika bei Albanien ließen und Italien als Beauftragter des Völkerbundes erklärten. In ihren Erwartungen betrogen, hefteten die Jugoslawen Stämme der Mirditen und Malesoren gegen die offizielle Regierung in Tirana auf, was diese mit einer Gegenbewegung regierungstreuen Banden beantwortete. Nun klagt Belgrad über Gewalt und Ueberfall und stellt in einem eben eingelangten Bericht voll Entrüstung fest, daß Gewehre und Geschützmunition aus italienischen Fabriken stammen. Von serbischen Truppen aufbewahrt nichtgeplante Granaten tragen italienische Marken. Der größte Teil der albanischen Truppen habe neue französische Uniformen. Gefangene behaupten, Uniformen, Gewehre und Munition habe Italien an Albanien geliefert, ebenso Prokiant. Unter den Gefangenen besaß sich ein Offizier der Titanaregierung, bei dem ein Schreiben des albanischen Kriegsministers gefunden wurde. Darin wird der Angriff gegen die serbischen Truppen und die Befehle innerhalb der 1913 bestimmten Grenzen angeordnet, um einen Aufstand bei der albanischen Bevölkerung Serbiens hervorzurufen. Dieser Offizier bestätigt, daß sich italienische Fachoffiziere in den Reihen der albanischen Truppen befinden. All das klingt durchaus glaublich. Aber es entspricht der „diplomatischen Methoden“ des Balkans, deren sich die Serben jederzeit ebenso unbedenklich bedient haben. Leider hat es nur weit über den Balkan hinausreichende Bedeutung, denn jeder Brandherd, der sich in Europa aufstaut, kann diesen unglücklichen Erdteil in Flammen setzen.

Belgrad, 6. Oktober. In Belgrader politischen Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß ein Zusammenstoß zwischen Südslawien und Albanien unvermeidlich sei.

Hilfsaktion für Rußland.

Um das Endergebnis der durch die im „Arbeiterausschuß des russischen Hilfsfonds“ vertretenen politischen Parteien, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen mit gemeinsamem Aufbruch und Sammelstellen durchgeführter Sammlungen feststellen zu können, ersucht der Ausschuß, diese Sammlungen beschleunigt durchzuführen und zu verrechnen. Bis zum 15. Oktober l. J. mögen alle gesammelten und noch nicht abgeführten Gelder an die „Allgemeine Genossenschaftsbank“ (Vseobscena bratstvenni banka) Prag I, Kralodvorska ulice eingeschickt werden. Gleichzeitig mögen an den „Arbeiterausschuß des russischen Hilfsfonds Prag I, Rudolfsinum“ alle Sammelstellen eingeschickt werden. Diese Weisungen betreffen einstweilen noch nicht die durch die genossenschaftlichen Organisationen durchgeführten Sammlungen.

Arbeiterausschuß des russischen Hilfsfonds Prag, Rudolfsinum.
(Die Provinzpresse wird um Ausdrück dieser Nachricht ersucht.)

Der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat einen ischschischen Sozialdemokraten als Minister erhalten. Die erste Aufgabe des neuen Ministers wäre, dahin zu trachten, daß das Wirken dieses Ministeriums dessen Benennung entspräche. Sozial kann das Wirken dieses hohen Amtes nur in sehr beschränktem Maße genannt werden. Fiskalisch, bürokratisch ist der Geist, der aus den Amtshandlungen spricht, sehr oft den vitalsten Interessen der Arbeiterschaft widersprechend. Deutsche Bezirke haben im Jahre 1918 und 1919, um die erschreckliche Arbeitslosigkeit zu mildern, Notstandsarbeiten ausgeführt. Ausgeführt in dem Glauben und der Zuversicht, die gesetzlich vorgesehenen und garantierten Beiträge zur Baukostensumme zu erhalten. Die Mehrzahl der Bezirke, wenn nicht alle, wurden enttäuscht. Nur wenige haben Staatsbeiträge erhalten und die gezahlt wurden, waren so niedrig, daß bei den schwierigen finanziellen Verhältnissen der Gemeinden und Bezirke an eine weitere Fortführung der Notstandsarbeiten nicht gedacht werden konnte. Eine Anzahl von Bezirken hat überhaupt nichts erhalten. Alle Bemühungen zur Erreichung des Staatsbeitrages blieben erfolglos. Man erhielt wohl Versprechungen, aber keine Mittel. So haben die Bezirke Sainspach und Zwickau Straßensbauten ausgeführt, die endgiltige Zuweisung des entsprechenden Staatsbeitrages konnte trotz wiederholter Interventionen aber nicht erreicht werden. Der Bezirk Praha ist durch die Ausföhrung von solchen Notstandsarbeiten in eine besonders schwierige finanzielle Lage geraten. Auch hier blieben alle Interventionen und Bemühungen ergebnislos. Immer weitere und neue Belege und Beweise wurden von der Bezirksverwaltung Praha abverlangt. Allen diesen Anforderungen wurde Rechnung getragen. Nun der sinnige Referent im Ministerium scheinbar keinerlei Ausflüchte und Auswege mehr zu erfinden vermag, erklärte er, er könne den ermittelten Staatsbeitrag nicht befürwortend weiterleiten, da der Betrag zu hoch sei. Weil also der Bezirk sich durch Ausführung großer Notstandsarbeiten der Arbeitslosen besonders angenommen hat, erhält überhaupt keinen Staatsbeitrag. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Dezember 1918, Nr. 100 d. G. u. V., gebührt dem Bezirk Praha der Anteil der durch die Ausführung der Notstandsarbeiten nicht verausgabten Arbeitslosenunterstützung. Trotz dieses Gesetzes erhält der Bezirk nichts.

Welch qualvollen Weg die Arbeiter durchmachen mußten, um auf Grund des vorher zitterten Gesetzes die Arbeitslosenunterstützung zu erhalten, ist bekannt. Was da das Ministerium für soziale Fürsorge an fiskalischer und bürokratischer List und Verschlagenheit leistete, um ja recht viele Arbeiter von der Erlangung der Arbeitslosenunterstützung auszuschalten, ist unbegrenzt. Ergänzt wurden diese, jeder sozialen Einsicht und wirtschaftlichen Tatsachen widersprechenden Methoden durch die schändliche Behandlung der Arbeitslosen durch die Beamten einzelner politischer Bezirksverwaltungen. Die Arbeiterschaft erwartete nun, daß mit dem am 19. September l. J. in Kraft getretenen Gesetz eine etwas verständnisvollere und liberalere Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen wird. Dies ist nicht der Fall. Die erste Interpretation des Gesetzes war von dem alten reaktionären Geist erfüllt. Nach § 3 des Gesetzes verliert den Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung, wer schon ununterbrochen durch die Zeit eines halben Jahres unterstützt wurde. Der Minister für soziale Fürsorge kann jedoch im Einvernehmen mit dem Finanzministerium diese Frist für die Arbeiter einzelner Bezirke und Distrikte bis zu einem Jahr verlängern. Rechtlich kann diese Gesetzesbestimmung nur so ausgelegt werden, daß die Frist der sechsmonatlichen Bezugsberechtigung mit dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes, das ist der 19. September l. J., beginnt. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat entgegen diesem rechtlichen Inhalt des Gesetzes entschieden. Alle diejenigen, welche nach dem alten Gesetz sechs Monate Arbeitslosenunterstützung bezogen, wurden am 19. September vom Weiterbezug der Unterstützung ausgeschaltet. Tausende Arbeiter werden von dieser harten und dem Geist des Gesetzes widersprechenden Maßnahme betroffen. Was dies für die Arbeitslosen jetzt Knapp vor Eintritt des Winters bedeutet, scheint das Ministerium für soziale Fürsorge nicht zu verstehen und ermessen zu können. Angenommen aber, § 3 des Gesetzes wäre durch die vom Ministerium durchgeführte Maßnahme juristisch richtig ausgelegt, bleibt dieselbe noch vollständig unbegreiflich. Wäre die Ausnützung jenes Rech-

tes, welches diese Gesetzesbestimmung ebenfalls dem Minister gibt, daß die angeführte Frist von ihm für einzelne Bezirke und Distrikte bis zu einem Jahr verlängert werden kann, den wirtschaftlichen Verhältnissen, die das Ministerium für soziale Fürsorge bei seinen Maßnahmen nach dem bescheidensten Untertanenverstand doch auch zu berücksichtigen hat, nicht vernünftiger, den Tatsachen entsprechender gewesen? Solchen Erwägungen scheint dieses Ministerium unzugänglich zu sein. Aber noch eine weitere soziale Tat hat das Ministerium gesetzt. Nach § 18 des Gesetzes ist der Minister ermächtigt, die mit diesem Gesetz festgesetzten Unterstützungen nach Anhörung der beteiligten Fachorganisationen zu verringern, eventuell die Auszahlung einzustellen und zwar überhaupt, oder für einzelne Produktionszweige oder für einzelne Distrikte, wenn die Arbeitslosigkeit allgemein oder in diesem Zweige oder Distrikte in entsprechendem Maße gestiegen ist oder die Preise für Lebensmittel bedeutend gesunken sind. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat nun, ohne daß eine dieser im Gesetz angeführten Voraussetzungen gegeben wäre, die Arbeiter des Baugewerbes und der Baustoffindustrie von der Unterstützung ausgeschaltet. Das Ministerium hat wieder von den beteiligten Fachorganisationen ein Gutachten abverlangt, noch wird der Nachweis erbracht werden können, daß die Arbeitslosigkeit im allgemeinen oder für diese Berufsgruppe in entsprechendem Maße gestiegen sind. Oder begründet das Ministerium diese geradezu unwürdige Maßnahme vielleicht damit, daß die Preise für Lebensmittel bedeutend gesunken sind? Kann man den Arbeitern noch zumuten, Glaube an Recht und Gesetz zu haben, wenn das Ministerium für soziale Fürsorge so zwingende Gründe auftrachtet läßt, sich ganz offen und skrupellos über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegzusetzen? Was sollen die arbeitslosen Bau-, Stein-, Kalk- und Ziegelfabrikanten tun? Die Arbeiterschaft erwartet, daß der neue Minister über diese Frage nachdenkt und dann und dies sofort, unverzüglich Maßnahmen trifft, die dem Namen seines Ministeriums entsprechen.

Tages-Neuigkeiten.

Postbesetzung und Poststil. Das „Rube Pravo“ beklagt sich darüber, daß ihm die Berliner „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, seit drei Tagen nicht mehr zugestellt werde. Es erhalte vielmehr bloß den mit dem amtlichen Vermerk „unzulässig — non admis“ versehenen leeren Umschlag mit der Post zugestellt. Das Blatt erklärt, das seinen Informationen zufolge diese Maßregel auf das persönliche Einschreiten des Postministers Erba zurückzuführen sei. Dieser habe gleich am Tage nach seinem Dienstantritt sich das Verzeichnis aller Zeitchriften vorlegen lassen, welche dem „Rube Pravo“ mit der Post zugehen. Nachdem ihm das Verzeichnis überreicht worden war, fragte der Minister, wie es möglich sei, daß das „Rube Pravo“ die „Rote Fahne“ zugestellt erhalte, der doch in der Tschechoslowakei das Postdebit entzogen worden sei. Diese private Bemerkung des Ministers genügte, daß dem „Rube Pravo“ die Berliner „Rote Fahne“ nicht weiter zugestellt wurde. Dabei passierte dem Postminister Erba aber das Malheur, daß er die Wiener „Rote Fahne“ mit der Berliner vertauschte, da nur der letzteren das Postdebit entzogen wurde, keineswegs aber dem Berliner kommunistischen Blatt. — Die Sache klingt so ungläubwürdig, daß man abwarten muß, was Erba dazu zu sagen hat.

Das Antreiber-System in Oppau. Unmittelbar nach der Katastrophe in Oppau, die mehreren Hundert Arbeitern das Leben kostete und bei der weitere Hundert verletzt wurden, ließ die Direktion der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik erklären, daß die Ursachen der Explosion unaufklärbar seien und daß Ammoniumsulfatpeter Explosivkraft nicht gezeigt habe. Ähnlich brühte sich der Reichsarbeitsminister Brauns bei der Befragung der Interpellation über die Oppauer Katastrophe im Reichstag aus. Daß die Angaben der Direktion der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik mit Vorsicht aufzunehmen sind, ja, daß sie mit den Tatsachen im Widerspruch stehen, wurde schon in der Reichstagsitzung durch den rechtssozialistischen Abgeordneten Breh und Genossen Schwarz (U. S. P.) hervorgehoben. Mittlerweile sind weitere Einzelheiten bekannt geworden, die die Erklärungen der Direktion erst recht als falsch erscheinen lassen. So veröffentlicht der Berliner „Vorwärts“ einen Bericht, der ihm aus Ludwigshafen a. Rhein zugeht, und in welchem es unter anderem heißt: „Nach Ansicht der Arbeiterschaft des Werkes ist die Mischsalzapparatur in Oppau nicht richtig gehandhabt worden. Auch betrachtet man den neuen Transportweg des Fertigfabrikates mit Misstrauen. Früher wurde das Ammoniumsulfat mittels Laufriemen und Schneegang in der Silo transportiert, und zwar auf diesem Wege des Transportes gut erliefert, bis es zum Silo kam. Aber diese Art des Transportes wurde

Bedenket Des Fonds für euer Zentralorgan!

Die Herren von Neutitschein. Wie wir bereits berichteten, haben die Firmen Böhm, Rottler und die „Germ“-Autowerke ihre Arbeiter ausgepersert. Nun hat die Firma Böhm den Arbeitern ein Ultimatum gestellt, die Arbeit wieder aufzunehmen und sich mit der Entlassung einer Reihe von Vertrauensmännern einverstanden zu erklären. In einer darauf abgehaltenen Betriebsversammlung wurde die Sachlage der Arbeiterschaft vorgetragen, ihr von den Vermittlungsversuchen bei der politischen Behörde berichtet und ihr anheim gestellt, frei und unbeeinflusst darüber zu entscheiden, ob sie die Vertrauensmänner preisgeben, oder den Kampf wagen wollen. Mit überwiegender Mehrheit sprach sich die Arbeiterschaft für den Streik aus. Das ist die Frucht der Gewaltpolitik der Herrn Hüdel, die die Arbeiter wie Sklaven behandeln möchten. Die Herren Hüdel werden in ihrem Unternehmerrhochmut nachgerade zu einer Gefahr für die Ruhe und Ordnung Neutitscheins und für den Frieden in den Betrieben. Es wäre Zeit, daß diesen Herren von Seiten der Behörden dieses Treibens eingestellt wird. Von dem Streik und der Aussperrung sind gegen 1000 Arbeiter betroffen. Unsere Vertrauensmänner haben gegen die Verwendung der Gendarmen — es sind etwa 150 Mann in Neutitschein zusammengezogen — bei der Bezirksverwaltung Protest eingelegt. In dem uns zugegangenen Berichte heißt es: „Neutitschein sieht wie eine belagerte Festung aus“.

Postbesetzung und Poststil. Das „Rube Pravo“ beklagt sich darüber, daß ihm die Berliner „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, seit drei Tagen nicht mehr zugestellt werde. Es erhalte vielmehr bloß den mit dem amtlichen Vermerk „unzulässig — non admis“ versehenen leeren Umschlag mit der Post zugestellt. Das Blatt erklärt, das seinen Informationen zufolge diese Maßregel auf das persönliche Einschreiten des Postministers Erba zurückzuführen sei. Dieser habe gleich am Tage nach seinem Dienstantritt sich das Verzeichnis aller Zeitchriften vorlegen lassen, welche dem „Rube Pravo“ mit der Post zugehen. Nachdem ihm das Verzeichnis überreicht worden war, fragte der Minister, wie es möglich sei, daß das „Rube Pravo“ die „Rote Fahne“ zugestellt erhalte, der doch in der Tschechoslowakei das Postdebit entzogen worden sei. Diese private Bemerkung des Ministers genügte, daß dem „Rube Pravo“ die Berliner „Rote Fahne“ nicht weiter zugestellt wurde. Dabei passierte dem Postminister Erba aber das Malheur, daß er die Wiener „Rote Fahne“ mit der Berliner vertauschte, da nur der letzteren das Postdebit entzogen wurde, keineswegs aber dem Berliner kommunistischen Blatt. — Die Sache klingt so ungläubwürdig, daß man abwarten muß, was Erba dazu zu sagen hat.

Das Antreiber-System in Oppau. Unmittelbar nach der Katastrophe in Oppau, die mehreren Hundert Arbeitern das Leben kostete und bei der weitere Hundert verletzt wurden, ließ die Direktion der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik erklären, daß die Ursachen der Explosion unaufklärbar seien und daß Ammoniumsulfatpeter Explosivkraft nicht gezeigt habe. Ähnlich brühte sich der Reichsarbeitsminister Brauns bei der Befragung der Interpellation über die Oppauer Katastrophe im Reichstag aus. Daß die Angaben der Direktion der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik mit Vorsicht aufzunehmen sind, ja, daß sie mit den Tatsachen im Widerspruch stehen, wurde schon in der Reichstagsitzung durch den rechtssozialistischen Abgeordneten Breh und Genossen Schwarz (U. S. P.) hervorgehoben. Mittlerweile sind weitere Einzelheiten bekannt geworden, die die Erklärungen der Direktion erst recht als falsch erscheinen lassen. So veröffentlicht der Berliner „Vorwärts“ einen Bericht, der ihm aus Ludwigshafen a. Rhein zugeht, und in welchem es unter anderem heißt: „Nach Ansicht der Arbeiterschaft des Werkes ist die Mischsalzapparatur in Oppau nicht richtig gehandhabt worden. Auch betrachtet man den neuen Transportweg des Fertigfabrikates mit Misstrauen. Früher wurde das Ammoniumsulfat mittels Laufriemen und Schneegang in der Silo transportiert, und zwar auf diesem Wege des Transportes gut erliefert, bis es zum Silo kam. Aber diese Art des Transportes wurde

der Direktion zu teuer, weil sie zur Bedienung des Laufbandes zwei Mann gebrauchte. Viel leicht ging es ihr auch zu langsam. Deshalb ging man dazu über, sogenannte Spritzköpfe in den Silo einzubauen, und es wurde von da an der Ammoniumsulfatpeter in einer Temperatur von 65 Grad durch Preßluft in den Silo hineingespritzt, so daß er wie Schnee in den Silo einfiel. Dadurch entstand eine gewaltige Verstaubung, so daß der Silo aussah wie eine Weisenerlandschaft. Dieser Staub war sehr explosiv, was sich durch Zufall dadurch erwies: Als ein Arbeiter einmal in Unachtsamkeit einen noch glühenden Zigarettenstummel fort warf, entstand sofort in ähnlicher Weise wie beim Schießpulver eine Explosion und es kam eine hohe Stichtamme zum Vorschein, die in Host von den Arbeitern gelöscht wurde. Durch das von der Verklebung eingeführte Afford- und Prämiensystem wurde nach Ansicht der Arbeiter die Mischung des Ammoniumsulfats mit Salpeter nicht mehr so exakt und vorsichtig ausgeführt wie früher. Es kam ja bei diesem Afford- und Prämiensystem ganz und gar darauf an, eine möglichst hohe Fabrikationsleistung zu erzielen. Es wird behauptet, daß sich die Betriebsleitung sogar verleitete, daß in der Kriegszeit zu Explosivstoffen verwendete Ammoniumhydrat ohne Vermischung mit anderen Sicherungssubstanzen in den Silo einzuspritzen. Es ist bekannt, daß in der Nacht vor der entsetzlichen Explosion die im Silo beschäftigten Arbeiter die Wahrnehmung machten, daß sich im Silo Gase angesammelt hatten, die wie Nebel im Raume lagerten, und die Arbeiter in ihren Aumungsorganen so belästigte, daß eiliche krank und unwohl wurden und glaubten nicht weiterarbeiten zu können und die Schicht unterbrechen wollten. Der Vorarbeiter empfand selber in hohem Maße diese Belästigung, aber treu seiner Arbeit empfahl er den unwohl werdenden Arbeitern, zuweilen in die Luft zu gehen, um dann wieder frisch weiterarbeiten zu können. Ueberhaupt scheint die Rivalität unter den Vorarbeitern eine große und nicht ungefährliche Rolle gespielt zu haben. — Um also möglichst hohe Profite zu erzielen und um den Aktionären, die ja keinerlei Gefahren bei der Herstellung des künstlichen Düngemittels ausgeht, möglichst hohe Dividenden zuzuschlagen, wurde in der leichtfertigen Weise mit Menschenleben gespielt. Und nicht genug damit: niemand bürgt dafür, daß sich ähnliche Katastrophen in Oppau und auch in den Leunawerken wiederholen, wo bekanntlich ebenfalls künstliche Düngemittel hergestellt werden. Zwar hat die Leitung der Leunawerke dieser Tage einer Anzahl Pressevertretern, die zur Befichtigung der Werke eingeladen waren, erklärt, alles sei in bester Ordnung und Beforgnisse für eine Katastrophe wie in Oppau befänden nicht, aber, wann und wo hätten Unternehmer je eine andere Ansicht geäußert?

Deutsche Lehrer für tschechische Fliegeroffiziere. Vom Dekanat der tschechischen Technischen Hochschule für Maschinenbau und Elektrotechnik wird mitgeteilt, daß die Absolventen des Maschinenbauhauses dieser Hochschule, eventuell auch ohne zweite Staatsprüfung, die sich aeronautisch auf einem aeronautischen Institut in Deutschland ausbilden und in den Flugblättern der tschechischen Armee eintreten möchten, sich beim Dekanate dieser Hochschule bis spätestens 15. Oktober 1921 zu melden haben.

Unbekannte Pferdeklauerei. In der Nacht auf den 30. September 1921 in den Stall des Rudolf Jungwirth in Gablons im Böhmerwald ein und stahlen Pferde mit doppeltem Geschirr im Werte von 6000 Kronen. Es widelten die Hufse der Pferde mit Säberrädern und führten sie ohne Geräusch hinaus. Im Nachbarhause stahlen sie einen Leiterwagen, spannten die Pferde davor ein und fuhren davon. Die Gendarmerie fand am nächsten Tage die Pferde mit dem Wagen bei Jarolim unweit Pilsen im Böhmerwald. Die Täter sind entflohen, aber die Gendarmerie ist ihnen auf der Spur.

Unfall eines Kutschers. Durch die Pilsenerstraße in Smichow fuhr gestern Vormittag der 44jährige Kutscher Josef Vyhnanek mit einem mit Fingerringen beladenen Wagen. Auf dem Kleinfeldner Friedhof fiel er vom Bod herab und kam unter den Wagen zu liegen, die Räder überfahren ihn und es wurde ihm das rechte Bein im Knie gebrochen. Er wurde mit der Rettungstation in das allgemeine Krankenhaus überführt.

Kleine Chronik.

Wetterkatastrophe in Petersburg. Gellingsofs, 7. Oktober. Anhaltender Sturm hat in Petersburg große Verheerungen verursacht. Das Wasser ist 8 1/2 Fuß über das Mittelmaß gestiegen. Ganze Stadtteile stehen unter Wasser. Zahlreiche Häuser sind zusammengefallen. Auch Verluste an Menschenleben sind zu verzeichnen.

Eine radiotelegraphische Station in Neapel. Rom, 7. Oktober. (Radio.) In Neapel wurde mit dem Bau einer riesigen radiotelegraphischen Station begonnen. Es wird dies die erste Station dieser Art auf dem Festlande sein. Senator Marconi erklärte, daß es mit Hilfe einer neuen automatischen Schreibmaschine möglich sein werde, in der Minute sechzig Worte zu telegraphieren. Die letzten radiotelegraphischen Apparate werden die Stimme auf eine Entfernung von 4000 Kilometern ausstrahlen.

Eine neue Erfindung Marconis. Rom, 7. Oktober. (Funk.) Von einer Versuchsbriefe zurückkehrend, erklärte Marconi, daß es ihm gelungen sei, auf eine Entfernung von 4000 Kilometern telephonische Gespräche auf drahtlosem Wege zu führen.

Ein Opfer des Kinowahns. London, 8. Oktober. (Bourgeois.) Die bekannte Kinofrau

pielactrin Young verletzete sich tödlich in New-York, als sie aus einem rasch fahrenden Automobil auf einem Seil zu einem Aeroplane kletterte. — Der Tod der Kinofraupielactrin ist weit über das Maß selbstverständlichen menschlichen Mitleids hinaus zu bedauern. Sie wurde ein Opfer des Kinowahns, denn man kann sich vorstellen, um was für einen Sensationsfilm es sich gehandelt haben mag, wenn darin eine Frau „aus einem rasch fahrenden Automobil auf einem Seil zu einem Aeroplane kletterte“ mußte.

Im Auto durch die Sahara. Für den kommenden Winter wird von einem Franzosen eine interessante Unternehmung geplant. Der Sportsmann M. Gimst in will die Sahara von Algier aus mit Automobilen durchqueren, und er glaubt die heiläufig 3000 Kilometer lange Strecke bis Timbuktu am Niger in etwa vierzehn Tagen zurücklegen zu können. Nach der französischen Zeitschrift „Auto“ soll die Expedition mit zwölf Automobilen eines verhältnismäßig leichten Typus von 10 Pferdestärken ausgeführt werden. Jedes wird ein Reservoir für 200 Liter Benzin erhalten. An der Fahrt werden außer den Fahrern und Mechanikern zwölf geladene Gäste teilnehmen, darunter Vertreter der besonders daran interessierten Ministerien des Krieges, der Kolonien und des Unterrichts; weiter werden mitfahren: ein Romanschriftsteller, ein Journalist und selbstverständlich ein Kinoproduzent. Jeder Wagen wird für alle Fälle mit einem Maschinenwerkzeug ausgerüstet sein und im übrigen die nötigen Wasserkrüge und genügend Proviant für die Teilnehmer mitführen. Die Reise soll in Touggourt, einem vorgeschobenen französischen Militärposten im Hinterland von Algerien, beginnen und über das bis zu 200 Meter sich erhebende Hoggar-Gebirgsmassiv und das Tanezrouft nach Timbuktu führen. Die Leitung des Unternehmens wird voraussichtlich dem Obersten Lafargue übertragen werden, einem mit den Geheimnissen und Gefahren der Wüste von verschiedenen militärischen Expeditionen her besonders vertrauten höheren französischen Offizier.

Eisenbahnunglück in Thüringen. Auf der Strecke Leinefelde-Goltha, in der Nähe der Station Busleben, hat sich durch Abreißen an acht Wagen eines Güterzuges ein schweres Unglück ereignet. Die Wagen rollten auf etwas abschüssiger Strecke etwas zurück und stießen dann mit einem nachfolgenden Güterzug zusammen. Hierbei wurden dreizehn Wagen und eine Maschine gerammt. Der Anprall ließ auch einen Benzinkanwagen explodieren, wobei ein Dreimeter der Tod durch Verbrennung erlitt. Außer diesem Toten sind noch mehrere Eisenbahnbeamte als schwer verletzt zu beklagen.

Wiener Kinokrise. Der Bund der österreichischen Lichtspieltheater nahm Freitag in einer Versammlung entscheidende Stellung gegen die vom Bund der Kinoindustriellen beschlossene 150prozentige Erhöhung der Filmleihpreise und gegen die großen Lustbarkeitsabgaben. Die Versammlung faßte einstimmig den Beschluß, die Kinobetriebe mit 14. Oktober zu schließen und als unabweisbare Folge der Schließung der Kinos müßte auch wider den Willen der Kinobesitzer die Kündigung des Kinopersonals erfolgen.

Das staatliche Alkoholverbot in Nordamerika.

Gätten wir uns nicht im Laufe der Jahre das Wundern abgewöhnt, man müßte erstaunt sein über das Maß von Gleichgültigkeit, Unverständnis und Fribolität, mit denen die Nachricht von der gesetzlich festgelegten Verbreitung einer Hundertmillionennation aus den Banden des gefährlichsten sozialen Giftes in Europa, ausgenommen worden ist. Die bürgerliche Tagespresse überdietet sich in albernen, zynischen, auf die Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der Leser spekulierenden Anekdoten, Schauermärchen, Lügenberichten; sie stellt die bewundernswürdige Tat eines wahrhaft demokratischen, starken und selbstbewußten Volkes als eine Ausgeburt fanatischer Narren dar, faßelt von Mißerfolg, der bald wieder verschwinden werde usw. Es ist klar erwiesen, daß alle diese Mägdchen aus den Korrespondenzbüros des Alkoholkapitals herrühren, das für seinen Profit jähert, und mit sehr berechtigter Angst fürchtet, Europa werde das übermächtigste Beispiel der Union nachahmen, wenn es nur einmal zur Einsicht gekommen sein wird, daß Amerika durch die Ausrottung des Alkohols einen so ungeheuren Vorsprung auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialen Gebiete gewonnen hat, daß es im Wettbewerbs siegen muß, wenn Europa nicht bald nachfolgt.

Das Staatsverbot ist den Amerikanern nicht als Geschenk des Himmels in den Schoß gefallen, wie manche unwissende Europäer zu glauben scheinen, die durch den Beschluß des Washingtoner Abgeordnetenhauses vom 17. Dezember 1917 überrascht worden sind. Es hat ein volles Jahrhundert angestrengter und zielbewusster Arbeit gekostet, bis es so weit gekommen ist. Schon 1826 vertrat der berühmte Prediger Dymon Beecher das Staatsverbot, in den Dreißigerjahren wurde es in Massachusetts verlangt, in mehreren Staaten wurde vor 1850 ein lebhafter Kampf um das Verbot geführt. Schon 1851 führte Maine, wo der junge Quäker Neal Dow wirkte, das Verbot ein, das freilich nach ein paar Jahren wieder aufgehoben wurde, aber seit 1853 ununterbrochen in Kraft ist. Durch den Sezessionskrieg wurde der Kampf unterbrochen, er flammte aber im Beginn dieses Jahrhunderts wieder mit aller Macht auf. Mit gewaltigen Mitteln wurde gekämpft. Vor allem war es die Anti-Saloon League, in der sich alle kirchlichen Vereinigungen zusammenschlossen hatten, deren Jahresbudget 1 Million Dollars überschritt, die sich die Einführung zunächst des Gemeindebestim-

mungsrechtes, dann der Staatsprohibition zum Ziele gesetzt hatte. Neben ihr gehörte dem Nationalen christlichen Bunde abstinenten Frauen das Hauptverdienst. Und so wurde ein Staat nach dem andern „trocken“; 1907, 08, 09, 12, 14, 15, 16, 17 und 18 bekannten sich nach und nach achtundzwanzig Staaten zum Verbot.

Im Kriege erhielten die Alkoholfreunde eine neue Waffe. Die Bierbrauer waren größtenteils Deutsche, der Bierkultus wurde zumeist von den Deutschen betrieben. Der Kampf gegen das Bier gewann dadurch einen patriotischen Anstrich, er richtete sich gegen Landesfeinde; das trug dazu bei, das Volk lauter zu gewinnen.

Das Verbot der einzelnen Staaten litt darunter, daß die Verfassung eine Beschränkung der Einfuhr aus anderen Staaten der Union verbietet; es konnten daher alkoholische Getränke aus den „nassen“ in die „trockenen“ Staaten gebracht werden, ohne daß die Regierungen oder Parlamente dieser etwas dagegen tun konnten. Dies wurde durch das sogenannte Webb-Kenyon-Gesetz unmöglich gemacht, das einem „trockenen“ Staate das Recht gab, die Einfuhr alkoholischer Getränke zu verbieten. Es trat 1913 in Kraft und sofort nahmen einige Staaten Gesetze an, welche die Einfuhr alkoholischer Getränke verboten; es waren das die sogenannten „bone-dry-laws“ (Knochen-trockengesetze).

Im Kriege wurden natürlich auch in den Vereinigten Staaten Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Volksernährung getroffen; und man entschloß sich drüber rasch zu jenem Schritte, den die rückständigen Regierungen der hungernden Mittelstaaten in Europa nicht gehen wollten, nämlich zum Verbot, aus Nahrungsmitteln alkoholische Getränke zu erzeugen. Dieses Verbot trat am 1. Mai 1919 in Kraft; es war die Einleitung zum bleibenden Staatsverbot. Dazu gehört, da es sich ja um eine Verfassungsänderung handelt, die Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern. Außerdem muß aber ein solcher Verfassungszusatz auch noch binnen einer vorgeschriebenen Zeit von mindestens drei Vierteln aller Staaten, gegenwärtig also von 36 ratifiziert werden; das geschah schon bis zum 16. Jänner 1920, daher war der Verfassungszusatz mit diesem Tage Gesetz geworden und trat nach der Verfassung am 16. Jänner in Kraft.

Diese Entstehungsgeschichte zeigt schon, daß es sich da nicht um einen Bluff, um eine Verirrung des Augenblicks handelt, die sehr bald wieder rückgängig gemacht oder doch abgeschwächt werden wird, wie uns die Tartarennachrichten, mit denen wir gefüttert werden, glauben machen möchten. Was die Volkserrettung eines großen, freien Volkes nach so langer Vorbereitung mit Zweidrittelmehrheit beschließt, nachdem sie vorher die Erfahrungen in der Hälfte des Staates, wo das Verbot schon lange bestanden hatte, geprüft hat, ist bleibend und nicht mehr rückgängig zu machen. Mühte doch jede Aenderung wieder mit Zweidrittelmehrheit von beiden Kammern beschlossen und von mindestens 36 Staaten ratifiziert werden! Daran ist gar nicht zu denken.

Zufällig denkt drüber auch kein Mensch daran. Am 16. Internationalen Kongress gegen den Alkoholismus, der vom 22.—27. August in Lausanne stattfand, wurde von diesen Amerikanern über das Verbot und seine bisherigen Wirkungen berichtet. Niemand stellte in Abrede, daß Übertretungen vorkommen, daß es Unterschleife, Schmuggel, Geheimbrennereien u. dgl. gibt; aber alle diese Dinge kommen hauptsächlich in den Weltstädten, besonders in NewYork vor, wo Ueberwachung besonders schwierig ist und sich die dunkelsten Elemente, darunter sehr viele Einwanderer, die erst seit kurzem Europas alkoholgefegnete Gefilde verlassen haben, zusammenbrängen, die sich nur schwer an den neuen Zustand gewöhnen können. Aber einstimmig wurde bestätigt, daß die segensreichen Wirkungen sich heute schon fühlbar machen, daß Verbrechen und Straftaten, vor allem natürlich Trunkenheitsdelikte, Raufereien, Totschläge wesentlich abgenommen haben, daß die Belastung der Gemeinden durch Armenunterstützung sich vermindert, der Gesundheitszustand sich bessert, die Leistungsfähigkeit zunimmt. Diese Berichte beruhen auf amtlichen Grundlagen, Aerzte, Geistliche, Polizeidirektoren, Richter und Gefangenhausleiter, Unternehmer und Arbeiterführer sagten alle in gleichem Sinne aus.

Fragt man, ob an Rücknahme des Gesetzes gedacht werde, so wird man ausgelacht. Die Mängel und Gebrechen müssen ausgemerzt, die Uebetragung durch Verschärfung der Verbordnungen verhindert werden; das sind die Sorgen, die man drüber hat. „Der Alkohol ist noch nicht tot, aber er liegt im Sterben“, das sind die Worte eines herborkommenden Führers der Prohibitionsbewegung. Es mag gewiß mancher Amerikaner den gewohnten „guten Tropfen“ vermissen und gerne die Gelegenheit ergreifen, dem Gesez ein Schnippen zu schlagen oder sich in Europa schablos zu halten; aber es gibt keinen, wenigstens keinen vernünftigen und unboreingenommenen, keinen, der stolz ist auf die Union und ihren Aufschwung wünscht, der nicht bereift, daß Amerika durch diese Tat der europäischen Kulturwelt um ein so großes Stück vorausgerückt ist, daß diese schwer zu kämpfen haben wird, um den Vorsprung wieder einzuholen.

Und das Alkoholgewerbe, die Brauereien, die Schenken? Mit der ganzen Laikraft und Entschlossenheit des Amerikaners hat sich alles „umgestellt“ und verdient nach wie vor, macht Dollars heute so wie vorher. Der Schlag kam ja nicht überraschend, man konnte sich vorbereiten. Und so werden heute in den früheren Bierfabriken Motorräder, Kinder, Schuhe, Papierhochsteln, Dele, Raszhrup erzeugt; die Weintrauben in Kalifornien haben heute einen höheren Preis als in früheren Jahren. In den Saons werden Speisen, Tee, Eis und andere Erfrischungen gereicht. Die Geschäfte in den Hotels und Restaurants blühen; das Geld, das früher auf Alkohol vergeudet wurde, fließt jetzt in andere Kanäle. Die Widerstände, die es noch gibt, werden von Tag zu Tag geringer, die Alkoholfreunde dieser hundert Millionen moderner Kulturmenschen ist ein bleibender Zustand; was das für die Nation bedeutet, wird sich erst in der nächsten und zweinächsten Generation, die von alkoholfreien Eltern stammend ohne Alkohol erzogen wird und lebt, so ganz zeigen.

Und Europa? Allen Machinationen des Alkoholkapitals zum Troste beginnt auch hier der Siegeszug des Verbotes. Schon sind Island und Finnland trocken. Norwegen hat ein Gesetz angenommen, das wenigstens die alkoholischen Getränke mit mehr als 14 Prozent Alkoholgehalt ausschließt; daselbe hat Belgien getan. In Schweden wird ein harter Kampf zwischen den Freunden des Alkohols, die sich das heute schon in Berruf geratene Brattsystem zurückgezogen haben, und den Kämpfern für das Verbot geführt. Der neue politische Kurs, der jetzt eingeschlagen werden wird, dürfte wohl die Stellung der Letzteren stärken, da die Sozialdemokratie für das Verbot ist. In den slavischen Ländern, besonders in Rußland, aber auch in Polen und Südslawien ertönt immer lauter der Ruf nach dem Staatsverbot. Das Gemeindebestimmungsrecht, der Vorläufer des Staatsverbotes, ist in Schottland eingeführt, wird bald in Dänemark Gesetz werden und findet in allen Ländern steigende Anerkennung.

Ueber diese Bewegung kommt man mit schlechten Wigen und höhnischen Anrempelungen nicht mehr hinweg. Jedes Volk muß Stellung dazu nehmen, ernst und gewissenhaft die Frage beantworten, ob es teilnehmen will an einem der größten Kultur Siege der Menschheit oder nicht. Denn es könnte leicht sein, daß sein Schicksal weit mehr von der Antwort, die es auf diese Frage findet, als von Siegen oder Niederlagen auf dem Schlachtfelde abhängen wird.

Dr. P o l i t s c h e r.

Verfolgte.

Im grauen Mittelalter hat, von Indica kommend, ein Volk die Wanderung nach Europa angetreten, das seinesgleichen unter den Völkern dieser Erde nicht hat. Von Europa ergoß er sich die nimmermüden Wanderer über alle anderen Kontingente, in allen Ländern mischten sie sich mit den übrigen Völkern, überall nahmen sie fremde Sprachenbestandteile in die eigene Sprache auf, und doch haben sie sich, wohin sie auch kamen, in ihrem Wesen erhalten, der Bau ihrer Sprache ist in allen ihren Mundarten heute noch der gleiche geblieben wie vor mehr als tausend Jahren. Es sind mittelgroße, schlank, schöne Menschen; die Muskulatur ihrer Schultern, der Arme und Beine, die braungelbe Farbe ihrer Haut, das blühende dunkle Auge, die hohe Stirn, die dunklen Haare und die blendendweißen Zähne, ihre lumpige und doch prunkende Kleidung lassen sie überall als Angehörige des Wandervolkes erkennen, die man gewohnt ist, als eine Art Menschen niedriger Gattung zu betrachten. Es sind ja nur Zigeuner.

Heute noch so wie in den früheren Jahrhunderten ziehen diese rätselhaften Gruppen von Land zu Land, von Dorf zu Dorf, nirgend und überall zu Hause, sind sie gezwungen, ihren Unterhalt zu fristen, wie sich's eben bietet. Wohl sind sie im Handwerk tüchtig, wohl haben sie wertvollere künstlerische Anlagen: sie spielen die Geige, wie es ihnen leiner nachmacht und ihre Mädchen tanzen, wie es nirgendwo sonst zu sehen. Aber von Kunst und Handwerk können sie ihr Leben nicht fristen — sie müssen zum Bettel greifen und scheuen auch vor dem Stehlen nicht zurück, da man sie einmal außerhalb der „Ordnung“ gestellt hat. Das eben ist es: eine Ordnung, die nur strafen, nicht aber erziehen, nur zerstören, nicht aber aufbauen kann, wirft sich zur Richterin über ein Volk auf, dem sie Schererin und Führerin sein sollte. Wie die bürgerliche Welt und ihre Wissenschaft über die Zigeuner denkt, das geht aus einem einzigen Satz hervor, den wir Mehers Konversationslexikon entnehmen: „Die Zigeuner fanden anfangs wohl überall eine gute Aufnahme, wurden aber infolge ihrer Betrügereien und Diebstähle bald auf das grausamste verfolgt, ohne daß man jedoch das unheimliche Volk auszurotten vermochte.“ Das Wörtchen „wohl“ im Hauptsatz beweist, daß auch der Verfasser

fer dieses Teiles des Bestandes an die „gute Aufnahme“ nicht sehr fest glaubt. In Wahrheit dürfte man erst die langenden und geigenden, irrtüglenden und so selbst lebenden Zigeuner ganz gerne als etwas Nützliches ansehen haben. Da sie aber in ihrem Willen zum Leben die anderen ein wenig stören, hat man sie immer und immer wieder grausam verfolgt und versucht, sie auszu-rotten. Wie wilde Tiere, lästige Insekten behandelt die bürgerliche Welt ein Volk, das durch die Jahrhunderte seine Lebenskraft bewiesen hat. Unstätt sie zu erziehen, aus ihnen vollwertige Kulturmenschen zu machen, behandelt man sie, die so viele wertvolle Anlagen zeigen, als einen Abhub der Menschheit.

Es ist kein Zufall, daß wir uns gerade heute mit den Zigeunern befassen, die der Epische zwar gerne für ein paar lumpige Banknoten musizieren läßt, die er aber sonst wie Ratten und Wanzen behandeln möchte. Die tschechoslowakische Regierung hat sich dieser Tage zu einer „gesetzgeberischen Aktion“ gegen die Zigeuner, „Plage“ entschlossen und diese Aktion mit einer langatmigen Verordnung begonnen, die uns im Druck vorliegt. Wir bezweifeln ja gar nicht, daß die Landbevölkerung Beschwerden gegen die Zigeunerbanden vorzubringen hat und auch immer wieder vorbringt, „die im Lande herumziehen und mit Betteln, ja noch mehr, mit Diebstählen ihr Leben ergötzen.“ Wenn man aber die vierzehn Paragraphen liest, die die Regierung der Bekämpfung der Zigeuner widmet, hat man den Eindruck, als ob es sich hier um die größten Schädiger der Menschheit handelte. Überall sollen sie über die Grenzen geschickt, nirgends dürfen sie, die „lästigen Fremden“ in einer inländischen Gemeinde das Heimatsrecht erwerben, und wenn ihre Abschaffung unmöglich ist, sollen sie dem Gerichte als Landstreicher zur Abstrafung übergeben werden, ohne Unterschied, ob sie Einheimische oder Ausländer sind, ob sie Ausweisdokumente besitzen oder nicht. Eine strafbare Handlung muß gar nicht vorliegen — daß sie Zigeuner sind, genügt. Unwillkürlich fällt einem Lesung ein: „Der Jude muß verbannt werden.“ Man müßte die ganze Verordnung abdrucken, wollte man die ganze Rücksichtslosigkeit, den bornierten Klassenlandpunkt solcher Gesetzgebung aufzeigen. Zwei Zitate mögen eine Vorstellung von diesem Anstaltsdokumente geben. Im § 4 heißt es zum Schluß:

Die zu einer derlei Abstrafung sich nicht eignenden Unmündigen sind der Gemeinde, wo die Zigeuner aufgegriffen werden, zur einstweiligen Verforgung zu übergeben.

Wie schade doch, wenn sich ein paar unmündige Zigeuner zur Abstrafung nicht eignen sollten!

Der letzte Satz des § 11 lautet: „Auch solchen Zigeunern, welche für ihre Person einen ordentlichen Erwerb nachweisen, ist das Reisepassdokument nur für sie selbst, nicht aber zugleich für weitere Familienangehörige auszufertigen.“

Die Verordnung läßt also jedes soziale, jedes Menschlichkeitsempfinden vernichten. Überall ist nur von der Zigeunerplage, von der Zigeunerverfolgung die Rede. Nicht als ob man es mit Menschen zu tun hätte, die hier und da, aus Not, und weil man sie zu

nichts anderem jemals ernstlich heranzog, „so gar“ zum Diebstahl greifen, sondern als ob man es mit Tieren zu tun hätte, die eben, wie Meyer so schön sagt, ausgerottet werden müssen. Doch auch der Zigeuner, der sich durch Jahrhunderte hindurch sein Wesen wahrte, wird einmal von der Menschheit selber seine volle Würde als Mensch zurück erhalten. Die Stunde der Befreiung von den Fesseln einer Gesellschaft, die nur den Eigentumsgeboten kennt, wird dereinst auch für den Zigeuner schlagen, dessen ganzes Leben eine Vorahnung wirklicher Freiheit bedeutet.

Bodenreform und Großstadt.

Genosse Prof. Dr. N. M. Naudnik schreibt uns: Als sozialdemokratische Gemeindevertreter von Prag betrachten wir die Agrarfrage aus dem Gesichtswinkel des Städters. Wir haben einen Plan entworfen, in welcher Weise die Stadt Prag die bereits erworbenen und die noch zu erwerbenden Großgrundbesitze um Prag verwerten soll. Ich meine, der Schlauchtrug Großbetrieb oder Kleinbetrieb muß ersetzt werden durch den Zielpunkt: Kleinbetrieb und Großbetrieb, aber jedes für andere Boden- und Besitzverhältnisse. Der Kleinbetrieb, das heißt die Zerteilung der großen Besitze in Grundstücke von höchstens 1000 Quadratmeter hat volle Berechtigung für die gartenmäßige Bebauung. Diefelbe liefert sogar einen höheren Ertrag als der Großbetrieb. In China wird auch der Getreidebau gartenmäßig betrieben und soll eine zehnmal höhere Ernte liefern als unser noch so intensiver Körneranbau. Wie mir aber Landwirte mitteilen, soll bei den bisherigen Versuchen der Ertrag weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sein. Dem gartenmäßigen Betrieb möchte ich dem Kunsthandwerk vergleichen, welches auch niemals im Großbetrieb erfolgreich durchgeführt werden kann. Gewisse Bodenlagen, zum Beispiel die Motaler Gegend bei Prag, eignen sich ganz ausschließlich für den Gartenbetrieb.

Der Großbetrieb hat wirtschaftliche Vorteile, aber gesellschaftliche Nachteile. Es muß also unser Streben sein, die ersteren zu erhalten und die letzteren zu vermeiden. Das kann nur durch Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften geschehen, wie sie zum Beispiel in Oberitalien seit langem bestehen und sich nach beiden Richtungen, nach der wirtschaftlichen wie nach der sozialen, bewährt haben. Es existiert darüber ein ausgezeichnetes Buch von P a y e r: Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Italien, welches die tschechischen Sozialisten M o d r a c e l und Professor M a c e l bewegen hat, diese Einrichtungen an Ort und Stelle zu studieren. Bei unszulande existiert etwas dergleichen noch nicht. Man kann nicht warten, bis es sich bei der Schwerfälligkeit der landbebauenden Klasse bei uns eingebürgert hat. Deshalb haben wir deutschen Sozialdemokraten in einer Sitzung der Prager Stadtverordneten folgenden Ausweg vorgeschlagen: Jene Großgrundbesitze, welche bisher Prag mit Lebensmitteln versorgt haben, und welche dies in gleicher Ausdehnung nur bei Beibehaltung des einheitlichen Großbetriebes weiter durchführen können, sind den bisherigen Pächtern auf weitere zwölf Jahre zu verpachten, aber unter der streng zu beaufsichtigenden Bedingung, daß in-

nerhalb dieser Zeit aus den dort beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Produktivgenossenschaft gebildet wird. Vermittelt durch Vorträge und durch Bildung eines Betriebsrates sind die künftigen Genossenschaftler auf ihre Arbeit vorzubereiten, die sie nach Ablauf des Pachtjahres durchzuführen haben. — Auch dieser Antrag wurde, wie alle unsere bisherigen gemeindepolitischen zu den geduldeten Akten gelegt. Dennoch scheint mir derselbe beachtenswert, weil er im Vorhinein der Gefahr entgegentritt, daß künftighin, wenn die Preise der Feldfrüchte und des Viehes fallen, die neugebildeten Kleinbetriebe von ihren Besitzern verlassen und Aufkäufern überlassen werden, welche daraus neuerdings Großgrundbesitze bilden werden mit allen sozialen Nachteilen derselben. Höchstens werden diese künftigen Bodenkapitalisten nicht Grafen und Fürsten, sondern einfach Bartos und Dlouhy heißen.

Die Nachtarbeit in den Bäckereien.

Am Dienstag, den 4. Oktober, las man in den Blättern die erfreuliche Nachricht, daß der Prager Bäckerstreik beigelegt sei, „die Prager werden also Dienstag früh schon wieder Brot und Semmeln erhalten.“

Aus dieser Notiz erfuhren wir, daß genau so wie in der Provinz, so auch in der Hauptstadt, die Bäcker sich um das Verbot der Nachtarbeit nicht kümmern, daß auch die Prager zum Frühstück frisches Gebäck haben müssen. Wir dachten bisher, daß die Regierung wenigstens in Prag imstande sei, dem Gesetze Geltung zu verschaffen, daß ihre Nacht wenigstens für den Prager Polizeitraum ausreiche; in Aussig, Teplitz, Brünn, Preßburg und an der übrigen Peripherie des Reiches pfiff man schon lange auf die Arbeitergesetzgebung. Wir müssen uns nun fragen, ob die Arbeiterschaft dem Treiben weiter zuschauen darf.

Der tschechoslowakische Staat besitzt in dem Gesetze betreffend die achtstündige Arbeitszeit vom 19. Dezember 1911 ein ganz ausgezeichnetes Arbeiterschutzgesetz, das die Länge der Arbeitszeit regelt, das die Nachtarbeit verbietet, das die erwerbstätigen Frauen und Kinder schützt usw. Schade, daß das Gesetz nur einen großen Fehler hat, daß es nur auf dem Papier steht, daß die Gewerbebehörden und die Gewerbeinspektoren fast gar nichts tun zur Wahrung und Durchführung des Gesetzes. Da ist es nun Pflicht der Arbeiterschaft, ihrer Organisation, der Arbeiterpresse, alles zu tun, um das Gewissen der Behörden zu schärfen und die Unternehmer zur Achtung der Gesetze zu erziehen.

Unter den Unternehmern, welche das Gesetz ganz offen und schamlos übertreten, treiben es die Bäcker wohl am tollsten; sie mißbrauchen die wirtschaftliche Schwäche der von ihnen abhängigen Gehilfen und Lehrlinge, welche sie bei der Revision ihrer Betriebe vor den Augen der Aufsichtsorgane verstoßen. Leider sind auch die Behörden nicht genügend energisch. Seltig ist ihnen, einen Vädernmeister bei der Übertretung des Gesetzes zu fassen, so strafen sie ihn mit einem so lächerlichen Betrag, daß der Bäcker darin eine Aufforderung erblickt muß, das Gesetz weiter zu übertreten und zu verhöhnen.

Im § 18 heißt es: Übertretungen dieser Bestimmungen werden von der politischen Behörde erster Instanz durch Geldstrafen bis 2000 K. im Nichterbringungsfall durch Arreststrafen bis zu drei Monaten geahndet. Im Wiederholungsfall kann eine Geldstrafe bis 5000 K. oder eine Arreststrafe bis 6 Monate verhängt werden.

Aber selbst diese mäßigen Strafsätze, die bei Schaffung des Gesetzes im Jahre 1918 noch als hoch gelten konnten, bei der heutigen Geldentwertung aber lächerlich niedrig sind, werden nicht zur Umwertung gebracht. Bei der täglichen tausendfachen Übertretung könnte der Finanzminister eine ansehnliche Summe gewinnen.

Aber Scherz beiseite. Der Arbeiterschaft und insbesondere den Bäckereiarbeitern muß es um die Durchführung des Verbotes der Nachtarbeit bitter ernst sein. Der § 8 des genannten Gesetzes verbietet die Arbeit zur Nachtzeit, d. i. von zehn Uhr abends bis fünf Uhr früh. Es handelt sich hier um eine Schutzmaßnahme im Interesse der Gesundheit der Gehilfen und Lehrlinge, die durch die Nachtarbeit gesundheitlich geschädigt werden. Es gibt kein öffentliches Interesse, welches diese Nachtarbeit der Bäcker gestatten würde. Es ist absolut unnötig, daß der Epische zu seinem Morgenkaffee frisches Gebäck genießt. Wir waren fünf Jahre lang froh, wenn wir überhaupt Brot bekommen, Semmeln durften überhaupt nicht bekommen werden und es ging auch ganz gut. Wir werden also auch zufrieden sein, wenn erst vormittags oder nachmittags frisches Gebäck zum Verkauf gelangt.

Ueber die Schädlichkeit der Nachtarbeit herrscht gar kein Zweifel; beständige Nachtarbeit ist gesundheitlich unzulässig, sie schädigt die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit.

Es ist bald sechzig Jahre her, daß Karl Marx im ersten Bande des „Kapital“ eine Schilderung über die Zustände in den englischen Bäckereien gab. Es hieß da: „Die Arbeit eines Londoner Bäckergehilfen beginnt in der Regel 11 Uhr nachts. Zu dieser Stunde macht er den Teig, ein sehr mühsamer Prozeß, der eine halbe bis drei Viertelstunden währt, je nach der Größe des Gebäcks und seiner Feinheit. Er legt sich dann nieder auf das Knechtbrett, das zugleich als Deckel des Trogs dient, worin der Teig gemacht wird und schläft ein paar Stunden mit einem Wehlsack unter dem Kopf und einen auf dem Leib. Dann beginnt eine rache und ununterbrochene Arbeit von vier Stunden, Werfen, Wägen, Formen, in den Ofen schieben, aus dem Ofen holen. Die Temperatur eines Backhauses beträgt 75 bis 90 Grad und in den kleineren Backhäusern eher mehr als weniger.“ Obwohl Jahrzehnte seit dieser Schilderung verfloßen sind, gibt es auch bei uns noch viele Bäckereien mit ähnlichen Zuständen. Und unter solchen Umständen wachsen auch die Lehrlinge heran, die kaum der Schule entwachsen — noch Kinder — körperlich gar nicht entwickelt und widerstandsfähig sind.

Der Bäckerberuf ist im Allgemeinen — wie Veibel 1890 in seinem Buche „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ ausführte — das belaggenste und schmerzhafteste Gewerbe, das es gibt; die Lehrlinge haben in noch höherem Grade zu leiden, weil ihre Arbeitszeit oft noch länger ist als diejenige der Gehilfen; sie bekommen auch nicht selten eine noch schlechtere Kost

Cyrill Wallenta.

Von F. J. David.

„Also, du bist mir wirklich nichts mehr einsehenden, Moses?“
 „Bei Gott, und keinen Tropfen nicht mehr.“
 „Ich zahl' aber für alle!“
 „Und wer zahl' für dich, mein Söhnchen?“
 Der Bursche sah den Schenkwirt mit aller- schlauesten Zwinkern an.
 „Du heißt mich dein Söhnchen. Also, du wirst doch keine Angst haben und mich kränken, Moses? Wegen so paar lumpige Groschen! Du weißt doch, ich hab' immer wieder gezahlt. Und du bist kein solcher Bucherer wie der Nag. Du hast doch ein Gefühl in dir und wirst einen Christenmenschen nicht verdursten lassen.“
 „Ja, immer wieder hast du gezahlt, und einmal wirst du vergessen.“
 „Wenn schon? Wirst alsdann genug an mir verdient haben, daß du's mit der schwarzen Kreide kannst in den Rauchjanz schreiben. Und diesmal zahl' ich sicherlich. Ich krieg' bald viel Geld. Du weißt, ich halt' immer mein Wort.“
 Er sah den Wirt fast drohend an.
 Moses schwankte. Dann gab er sich einen Ruck. „Es ist genug für einen Tag, und ich will sparen.“
 „Die aber dürfen weiterlaufen? Die haben jeder ein Glas voll.“
 „Die tranken an einem Abend, was du in einer Stunde. Gättest du halt auch geparrt!“
 „Halt recht, mein Wohlthäter. Aber warum tun sie das? Weil sie ein Volk sind alt, und sie gönnten nicht einmal sich was und einem anderen schon gar nicht. Wir aber sind jung,

und wir meinen's gut und dir erst recht gut. Verdienen sollst du, Bruderherz, und reich werden.“

„Ist schon gut. Das muß aber nicht auf einmal sein. Und für heute ist es demnach genug.“
 „Also kein Glas Schnaps mehr? Damit man sich nicht erkälte auf der Straße?“
 „Kein Glas Schnaps.“
 „Nicht einmal ein Gläschen? Ober wenigstens ein Bier, damit man es nicht so leer hat in sich? Zapletal! Bring' du, wer du bist, und daß es noch Leute im Dorf gibt, die ein Geld haben.“
 Zapletal, der am Bauerntisch saß, suchte zusammen und schielte höhnisch nach dem Wirtlichen, entgegnete aber kein Wort. Der Wirt drängte. „Nicht, gar nichts kriegst.“
 „So schen! mir wenigstens eine Zigarre auf den Weg. Eine, wie du sie rouchst.“
 „Heut' ist Freitagabend, und da rouch' ich nicht.“
 „Was geht mich dein Sabbat an? Eine Zigarre will ich haben, die nicht auf die Rechnung kommt. Wirst mich nicht anders los, Moses!“
 Moses mußte lachen. „Da hast, Dettler.“
 Der Bursche steckte sie sehr umständlich an. Alsdann legte er eine Hand schwer auf die Schulter des anderen und sog mit Macht an seiner Zigarre. „Nichts Gutes gönnt du mir. Keine Lust hat sie, mein Väterchen. Aber ich werde schon fertig mit euch. Ich hab' eine gesunde Lunge, und ich halt' schon was aus. Und keinen Dettler schimpfen mußst du mich nicht. Und nun, gute Nacht, meine Schmeckel! Und er verbeugte sich sehr höflich vor jedem einzelnen. Ganz stramm, in etwas steifer, militäri-

scher Haltung, die Urlaubermütze schief gefeßt, verließ er die Stube an der Spitze seiner getreuten und anhänglichen Kumpans. Dann hörte man seine Stimme ein Schmelmelied durch die stillen Gassen juchzen und eine Erörterung mit dem Nachtwächter, sehr umständlich und nur zu dem Zweck sehr laut geführt, damit das ganze Dorf rebellisch werde. Denn alle Wächter hielten sich beunruhigt und also veranlaßt, Stellung in der Streitfrage zu nehmen. Sowie es völlig ruhig geworden war, zahlten, die anderen und gingen heimwärts, wie es bedachten und besonnenen Bauern und Häuslern ziemt, denen es nicht taugt, sich anständern zu lassen. Zwei nahmen Zapletal unter die Arme und führten ihn. Denn er hatte es arg mit den Weinen.

Die Stube war erfüllt von diesem Rauch nach schlechtem Tabak und Branntweingeruch. „So ein Bauer! Ehe er nicht erstirbt, glaubt er nicht, daß ihm wohl ist, der Bauer!“ So brummte der Wirt, stieß ein Fenster auf und ließ die Milde Abendluft ein. Die Petroleumlampe schwankte im Wehen; sie qualmte hoch auf, und ihr flackernd und brennender Licht erfüllte das Zimmer. Eine tschechische Magd, die kein heimatliches Wort in ihren Lippen bringen konnte, wusch die Wäfer und Gläser und legte notdürftig am Boden. Die Wirtin ordnete die Geldboxen, hinstellte und seufzte manchmal tief und atmatisch. „Ich spür' meine Weine gar nicht mehr unter mir. Und immer schwerer wird es, das blätige Leben zu bekommen.“

Er sah ihr zu. „Halt recht, Soß, mein Kind! Immer schwerer wird's. Ein anders Geschäft wenn man sich nur wäht, gleich müßt ich's

ansprechen. Alles läßt aufschreiben. Mahnt man oder klagt man, so wissen sie nicht, was sie einem antun sollen. Und wenn man die Nacht nicht auf die Stunde niederlegt, gleich droht einem der Graf, er wird uns rauschmeißen. Was seine Prozesse fressen, das müßt' er an uns herauszuschinden.“

Die Wirtin zählte die Striche am grünen Wandhydranten: „Cyrill Wallenta ist sieben Gulden fünfundsiebzig Kreuzer schuldig.“

„Ist viel Geld. Man wird ihm aber doch weiter borgen müssen.“

„Er ist aber nicht gut für so viele schlechte Groschen!“

Moses strich sich Nebstosend über das dem Sabbat zu Ehren glattkammerte Gesicht: „Ja. Aber einen großen Anhang hat er, und er geht mir sonst mit seinen Kameraden zum Nag. Betragt wird doch nicht bei uns, muß man doch gut aufpassen auf sein bißel Rundschaft. Und wenn er ein Geld hat, so zahl' er doch immer.“

Woher nimmt er aber ein Geld? Er arbeitet doch nicht. Was willst du ihm nehmen, wenn er einmal nicht wird zahlen wollen? Er geht nicht in die Ruderfabrik. Er heiratet nicht und war' schon lang in den Jahren daßer.“

„Weil er nicht heiratet? Weiß ich, warum er so tut, und woher er's nimmt? Geh's mich was an? Von mir, wenn er mir was fürs Gericht macht, läßt er sich's doch niemals zahlen.“

„Er ist ein Dumpe.“
 „Ein Dumpe? Aber wollte Gott, der Allgütige, unser Rängel, der Wirt, hätte seinen Kopf auf sich. So ein Kops!“ Der Wirt

and haben häufig eine harte Behandlung von Meister und Gesellen zu ertragen. Die Wohlstand der Fortbildungsschule wird für sie zur Plage, weil sie ihnen die längliche Zeit des Schlafes raubt; vor Uebermüdung vermögen sie dem Lehrer nicht zu folgen und erscheinen deshalb oft als die schlechtesten Schüler."

Diese Worte Bebel's gelten auch heute noch, wenn es nicht gelingt, das Gesetz über die achttündige Arbeitszeit und insbesondere den § 8, der die Nachtarbeit verbietet, restlos durchzuführen. Und die Arbeiterschaft hat die Macht dazu, wenn sie nur ernstlich will. Zunächst müssen die Bäckereiarbeiter über die Schädlichkeit der Nachtarbeit für ihre eigene Gesundheit aufgeklärt und organisiert werden. In den Kleinbetrieben ist das sehr schwierig; aber Schwierigkeiten sind dazu da, um überwinden zu werden. Die gewerkschaftliche Organisation muß einen Ueberwachungsdiens organisieren und alle Betriebe, in denen nachts gearbeitet wird, zur Anzeige bringen und in der Arbeiterpresse namentlich aufzuführen. Die Gesamtarbeiterschaft muß diese Bestrebungen unterstützen, indem sie es ablehnt, Gebäck zu kaufen, das bei Nacht gebacken wurde. Auch die Konsumgenossenschaften können hier mithelfen. Sie müssen es ablehnen, Brot und Gebäck von Bäckern zu kaufen, die bei Nacht arbeiten. Selbstverständlich darf in Arbeiterbäckereien nachts nicht gebacken werden; die Eigenproduktion soll ja Musterbetriebe schaffen.

Im Parlamente werden unsere Abgeordneten immer wieder verlangen müssen, daß die Regierung und ihre Organe alles tun, um die Gesetze wirklich durchzuführen. Es ist auch zu erwägen, ob nicht durch ein eigenes Gesetz das Verbot der Nachtarbeit in allen Bäckereien ohne Unterschied, einerlei ob sie Gehilfen und Lehrlinge beschäftigen oder nicht, beantragt werden soll. Denn das Gesetz vom 19. Dezember 1918 schließt nur die Arbeitnehmer; die Arbeitgeber können arbeiten, wie lange und wann sie wollen. Aber gerade diese kleinen Existenzen, die mit Frau und Kind, ohne fremde Arbeitskraft arbeiten, sind desselben gesetzlichen Schutzes bedürftig wie die Arbeiter. Andererseits erschwert die Arbeit bei Nacht in diesen kleinen Betrieben jede Kontrolle und macht dadurch das Verbot der Nachtarbeit illusorisch. Nach unserer Uebergewinnung läßt sich eine Organisation im Bäckergewerbe schaffen, welche jegliche Nachtarbeit unnötig macht, zum Nutzen und Wohle der Gehilfen und keineswegs zum Schaden der Bäckereiunternehmer.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Reichenberger Hausherren haben sich unlängst — natürlich wo anders als im Rathauskeller — versammelt und nachdem viele lange Reden gehalten worden waren, wurde eine ebensolange Entschlieung angenommen, in der die Hausherren ihr Herz ausschütten. Die Entschlieung beginnt mit der Forderung nach dem sofortigen Abbau des Mieterschutzgesetzes. Wie heute jemand die Abschaffung des Mieterschutzgesetzes verlangen kann, ist einfach unsagbar. Die Hausherren natürlich würden von der Katastrophe von der dadurch ein großer Prozentsatz der Bevölkerung betroffen würde, freilich nicht berührt werden. Die Bevölkerung wäre dann auf Gnade und Ungnade

riet in ein andächtiges Reigen des Hauptes, das gar kein Ende nehmen wollte.

"Was willst du schon wieder von unserem Jüngel?"

"Will ich was von ihm? Er ist gottlob ein braves und ein frommes Jüngel. Aber dem Wallenta sein Kopf! So ein Kopf!"

"Er ist aber doch ein Lump!"

"Ein Lump? Ich weiß nicht. Aber" und ein breites Schmunzeln ging über das Gesicht des Wirts, "ein ganz, ein niederträchtiger Kerl ist er."

Wiso: Cyrill Wallenta war ein ganz ein niederträchtiger Kerl. So hieß ihn Moses Richter, und das gesamte Dorf war seiner Meinung. Man möchte's aber gar nicht glauben, wie verschiedenen Sinn die gleiche Benennung gewinnen kann. Bei vielen farbte sie der Haß. Bei anderen die Bewunderung, ja die unbedingteste Zärtlichkeit. Immer aber Klang ein großer Respekt vor dem ganzen Menschen mit.

Am 5. Juli 1861 waren der sehr armen Kleinhauslerin Wallenta Zwillinge beschworen worden. Die Patenschaft übernahm der reichste Bauer auf viele Meilen in der Runde, Kajetan Zapletal. Angesichts der besonderen Verdienstlichkeit dieses guten Werts und der ausnehmenden Heiligkeit des Tags. Natürlich empfangen die Knäblein in der Taufe die Namen nach den gepfefferten Landesabofisten.

Das eine starb früh. Und Cyrill Wallenta meinte später, es sei ein böses Glück gewesen. Denn sonst hätte am Ende er etwas Wohlhabend an sich. Und das hätte ihm durchaus nicht gegeschadet.

der Hausherren ausgeliefert. Sie müßte entweder jede Miete zahlen, die der Hausherr verlangen würde, oder sie könnte auf der Straße kampieren. Weiters verlangen die Hausherren die Anpassung der Mieten an die entwertete Valuta. Hierin treffen sich die Hausagrarier mit den landwirtschaftlichen Agrariern. Hausherren und Bauern verlangen, daß ihre Waren zum Weltmarktpreise verkauft werden. Wenn aber dann die Arbeiter kommen und die Anpassung der Löhne an die entwertete Valuta verlangen, dann wird über die mangelnde Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie geklagt und vielerlei Ausflüchte gefunden. Die arbeitenden Menschen natürlich, die können nach Ansicht der Agrarier in Stadt und Land alles zahlen. Schließlich sorgen die Hausherren noch für Heiterkeit, indem sie in ihrer Resolution sagen: "Der Ertrag des Hauses ist keine Rente, denn letztere ist ein arbeitsloses Einkommen, der Hausbesitzer aber wird nicht nur auf den verschiedensten Gebieten zur öffentlichen Arbeitsleistung herangezogen (Steuereinzahlung, Veranlagung der Hauszins- und Einkommensteuer, Lebensmittelversorgung usw.), sondern leistet auch in der Mehrzahl der Fälle im Hause selbst für die Parteien manuelle Arbeiten." Die Herren haben nur noch an eine schwere Arbeit des Hausherrn vergessen, nämlich die des Zinsnehmens an jedem Ersten im Monat.

Beendigung des Ratoniger Bergarbeiterkreises. Wie die "Narodni Politika" meldet, soll der Ratoniger Bergarbeiterstreik bereits beendet sein.

Die Lage unserer Industrie gegenüber der deutschen geht aus folgendem Vergleich hervor: Während in Osttrau Stoks im Werte von über 100 Millionen Kronen liegt, mit dem man nichts anzufangen weiß, nähert sich die Kolserzeugung Schlesiens wieder allmählich der normalen Höhe von etwa 250.000 Tonnen, von denen ungefähr 100.000 Tonnen von den Gürteln und Nebenbetrieben Oberschlesiens verbraucht werden, während der Rest dem Handel als Heizkoks zur Verfügung gestellt wird. "Die Nachfrage nach Heizkoks" so schreibt das Berliner Tageblatt, "hat stark zugenommen, weil die Furcht vor erhöhten Preisen angesichts des bevorstehenden Winters zur beschleunigten Erzeugung führt".

Der tschechisch-polnische Handelsvertrag. Ueber die tschechisch-polnischen Verhandlungen wurde in Warschau Dienstag folgendes gemeinsames Kommuniqué ausgegeben: Am 1. und 4. Oktober fanden im Ministerium für Industrie und Handel Verhandlungen der tschechisch-polnischen Kommission für den Abschluß des Handelsvertrages statt, in denen der von der Handelskommission ausgearbeitete Vertragsentwurf eingehend erörtert wurde. Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Delegationen wurde eine Einigung in allen Punkten erzielt. Der tschechisch-polnische Vertrag ist auf der Grundlage der Weizsäckerbegünstigung aufgebaut. Die Artikel, welche die Transitfreiheit betreffen, beruhen auf der Konvention von Bagelona. Die Artikel, welche den Warenverkehr betreffen, haben bis zur Wiedereinführung des freien Handels in beiden Staaten provisorischen Charakter. Einer der Artikel regelt die Rechte der Reisenden, Käufer und Fabrikanten. Die Eisenbahn- und Wasserkommunikationen werden grundsätzlich auf der Basis der internationalen Verträge in selbständigen Abkommen oder in Nachträgen zum Handelsvertrage ge-

regelt werden. In einem Nachtrag zu dem Verträge werden auch die Grenzbeziehungen geregelt werden. Die Post-, Telegraphen- und Telephonverträge sowie die Veterinärangelegenheiten wurden bereits durch spezielle Abkommen erledigt.

Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien. Binnen Kurzem werden finanzielle Verhandlungen zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei zwecks Regelung der Valutaverhältnisse der beiden Staaten sowie der Begleichung der Vorkriegsschulden jugoslawischer beziehungsweise tschechoslowakischer Staatsangehörigen eingeleitet.

Achttündige Arbeitszeit für Bergbauarbeiter. Gestern verhandelte das Bergschiedsgericht über drei Beschwerden, die die Direktion der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, die Grubendirektion der Pustschbrader Eisenbahn und die Anglo-böhmische Braunkohlegrube gegen die Entscheidung des Revier- und Betriebsrates der betreffenden Gruben, welche sich gegen die zwölfwündige Arbeitszeit der Arbeiter aussprachen, einbrachten. Der Richter verlas eine Entscheidung des Arbeitsministeriums, demzufolge im Sinne des Gesetzes über die achttündige Arbeitszeit kein Unterschied zwischen landwirtschaftlichen Arbeitern und den Bergbauern besteht. Versteht ein Bergbauarbeiter auch andere Arbeiten, so beziehen sich auf ihn nicht die Bestimmungen des § 12, Abs. 2, des erwähnten Gesetzes. Der Richter hat die Beschwerden abgewiesen und den Bergbauern die achttündige Arbeitszeit zuerkannt. Der Verhandlung wohnten über 100 Bergbauarbeiter bei.

Erhöhung der deutschen Zölle. Vom 20. Oktober ab sollen die deutschen Zölle neuerlich erhöht werden. Bisher war die Anpassung des Zolles an die seit 1914 erfolgte Marktwertung so durchgeführt, daß zu den im Friedensstarif festgesetzten Sätzen ein Zuschlag von 900 Prozent erfolgte. Dieser Zuschlag soll nun von dem genannten Tage an auf 1900 Prozent erhöht werden. Die Wirkung dieser Maßnahme wäre naturgemäß eine weitere Preiserhöhung für die Erzeugnisse, die Deutschland aus dem Auslande bezieht.

Die Goldanleihe der deutschen Industrie. Aus Berlin wird unter dem 7. Oktober gemeldet: Ebenso wie der Reichverband der deutschen Industrie, haben jetzt auch dem "Berliner Tageblatt" zufolge die Banken, der Handel und die Landwirtschaft besondere Kommissionen gebildet, welche die Frage des Kreditausbaus an die Reichsregierung erörtern sollen. Der Bankenaußschuß wird vermutlich Dienstag mit dem Reichsfinanzler über die Aufbringung der Goldmilliarde verhandeln. Ueber das amerikanische Anleiheangebot an die deutsche Industrie berichten die Wäitler ferner, daß nach dem Plan der deutschen Industrie eine Goldmilliarde aufzubringen, am 17. September im "Newyorker Herald" veröffentlicht worden war, bereits am 20. September in Berlin das erste Angebot einer Anleihe von einer großen amerikanischen Finanzgruppe eintraf. Vor einer Woche fragten andere Bankgruppen Amerikas in Berlin an, ob man deutsche Unternehmer nach Amerika schicken würde. Mit diesen amerikanischen Finanzleuten fanden bereits Konferenzen im Auslande statt. Gestern traf in Berlin die Mitteilung einer dritten amerikanischen Finanzgruppe ein, wonach heute zwei Finanzleute nach Berlin kommen würden, um über eine amerikanische Anleihe zu unterhandeln. Wie die Wäitler weiter mitteilen, stehen die deutschen Industriekreise auch mit den Vertretern der valutaärksten Länder Europas in Unterhandlungen. Auch diese Angelegenheit soll sich günstig entwickeln. Weniger günstig dürfte wohl das Echo aus sozialistischen Kreisen sein, wonach feststeht, daß als ganzes Ergebnis der heftigen Anstrengungen nur eine Milliarde herauszukommen soll.

Ein Ausfall auf den Achttundentag in Deutschland. Wie das "Berl. Tageblatt" aus Halle berichtet, hat das große Leinawerk als erster deutscher Betrieb mit dem Achttundentag gebrochen und den Arbeitern durch Anschlag bekanntgegeben, daß vom 8. Oktober ab die 8tündige Arbeitswoche wegen Arbeitermangels wieder eingeführt wird. (Es bleibt abzuwarten, was die deutsche Regierung zu diesem unerhörten Vorgang, der im Widerspruch zum Gesetze steht, sagen wird.)

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine weist nach dem nunmehr erschienenen Jahrbuch 1917—1920 (Düsseldorf-Reichshof, 1921, 299 S.) folgende Entwicklung auf: Während die Zahl der Vereine von 331 im Jahre 1919 auf 420 im Jahre 1920 stieg, erhöhte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Mitglieder von 411.324 auf 494.101. Der Gesamtumsatz stieg in der gleichen Zeit — d. h. in einer Zeit sprunghafter Geldentwertung — von 166.958.119 Mark auf 529.597.834 Mark. Eine Vergleichung der letzten Ziffer zeigt, daß von Gesamtumsatz auf die Konsumgenossenschaften 413.887.201 Mark Umsatz im eigenen Geschäft, auf die Großeinzelhandelszentrale jedoch nur 105.937.346 Mark, d. h. etwa 26 Prozent vom Umsatz der Vereine entfielen. Es ist das ein Zeichen, daß der gewerkschaftliche Einkauf der Vereine erst ein Viertel ihres Bedarfs erreicht hat.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Bern, 8. Oktober. Der Schweizer Bundesrat veranlaßt von der Bundesversammlung einen Kredit von 68 Millionen Franken für die Ausföhrung privater und öffentlicher Arbeitsarbeiten zwecks Beschäftigung der Arbeitslosen.

Sparmaßnahmen in Frankreich. Aus Paris meldet man: Der Präsident der Kammer hat den Finanzminister Doumer eingeladen, an der Sitzung des Finanzausschusses teilzunehmen, der sich mit den Maßnahmen zur Deckung des Defizits befaßt wird. Außer den Aufstreichungen bei einer ganzen Reihe von Budgetposten, sind weitgehende Sparmaßnahmen geplant. Auf dem Programm stehen nach dem "Petit Parisien" folgende Anträge: 1. Verminderung des Beamtenstandes bis Ende des laufenden Jahres um 50.000. 2. Sparmaßnahmen durch Einführung einer einschränkenden Aenderung in den staatlichen Organisationen. 3. Aufhebung einer Anzahl von Bezirksgerichten. 4. Verminderung oder vollständige Aufhebung der Unterpräfecturen und Reform der Präfekturräte. 5. Genaue Einhaltung des Achtstundentages, so daß von allen Arbeitern, insbesondere von den Eisenbahnern, nicht nur acht Stunden Präsenzdienst, sondern acht Stunden effektive Arbeit gefordert wird. Alle diese Reformen seien in das nächste Finanzgesetz aufzunehmen, das die sofortige Durchführung verbürgen soll.

Vermehrung des ungarischen Notenumlaufs. Aus Budapest wird gemeldet: Der Landesfinanzrat hat in einer unter Vorsitz des ehemaligen Finanzministers Dr. Teleki abgehaltene Sitzung beschlossen, der Regierung für den Oktoberbedarf 2½ Milliarden Kronen neuer Staatsnoten zur Verfügung zu stellen.

Aus der Partei.

Lotharorganisation Prag VII. Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, "Al Akademie" Vortrag des Genossen Dreuer über "Kleingewerbe und Sozialismus".

Sitzung der Prager Bezirksvertretung. Dienstag, 11. Oktober, 8 Uhr abends im Bezirkssekretariat Smetichogasse 27 eine Sitzung der Bezirksvertretung.

Turnen und Sport.

D. F. C. Komb.: Aufschuß. S. 2:2 (1:1) Neuester scharfes Spiel, welches so ausartet, daß drei Spieler vom Platz gewiesen werden mußten (von D. F. C. 2, von Aufschuß 1). Beide Mannschaften spielten, bis auf wenige Einzelleistungen, sehr mittelmäßig; ihre Kombination und Schußtechnik ließen viel zu wünschen übrig.

Dresdner Sportklub gegen Union Zizkow 1:3. Heutige Wettspiele: In Prag Dresdner Sportklub gegen D. F. C. Prag, S. 2:2. In Klado gegen A. C. Sparta (Wettkampf). In Teplitz spielen die alten Rivalen D. F. K. Ustij gegen Teplitzer F. K.

Literatur.

Freiz. Willels: "Kriegsgewinn für alle." (Wien, 1921, Verlag "Allgemeine Nährpflicht"). Die acht temperamentvoll geschriebenen Seiten, ein Buchstück des umfangreicheren Werkes "Die Verwirklichung der Volk", treten gegen die allzusehr von kaufmännischen Erwägungen geleitete wissenschaftliche Volkswirtschaftslehre auf und verlangen die Sicherung des Lebensminimums in Sachwerten, nicht in Geld, für jedermann, u. zw. womöglich durch Inlandsproduktion. Internationale Organisationen, meint Willels, vertragen gerade im Augenblick der Not. Wie freilich das Inland die notwendigen Produkte zur Sicherstellung des Lebensminimums herstellen soll, darüber schweigt sich Willels aus und deshalb ist seine Ironie gegen die Internationale wenig am Platz. Desto mehr darf man ihm darin zustimmen, daß jeder, geschäftlich, welche Art Arbeit er verrichtet, ein Recht auf Minimum der Existenzmittel in natura habe. Erst darüber bauen die Abstufungen nach der Qualität der Arbeit auf. Neu freilich ist auch diese Forderung nicht und Mittel zu ihrer Erfüllung gibt Willels nicht an. So bleibt als Gewinn des Heftchens bloß die Bekanntheit mit einem menschlich mitfühlenden, forschen Draufgänger übrig, was für einen Sozialreformer etwas wenig ist.

"Die Schwelle." Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend. Hg. von Rudolf Schwarzkopf. (Berlin, 1921, "Freiheit"). Unsere Dreizehn- und Vierzehnjährigen erhalten mit diesem Bändchen ein Gebet- und Konfirmationsbüchlein. Nur gilt die Andacht der gehaltreichen Seiten nicht einem Phantasiestück im Märchenhimmel, sondern der lebendigen Menschheit. Unser Geschlecht, sein Ringen, Leiden und Aufwärtsstreben ist der Held, Besse von Goethe und Schiller, von Dehmel, Holz, Werfel und Whitman feiern seinen Kampf, Erwägungen Einers, Engels', Marx', Rousseaus u. a. können tiefgriffen seinen Schicksal nach. Wie Hans Baluschel die Worte der Dichter und Denker mit künstlerisch erlebten Bildern begleitet, so hat Rudolf Schwarzkopf sie ausgewählt: nicht als nächste Belege einer aufdringlich hervor tretenden Tendenz, sondern als Weisheiten echter, von den sozialen Kämpfen der Menschheit erschütterter Männer. Wer unsere Jugend die ewigen Wahrheiten des Sozialismus innerlich durchleben lassen will, gebe ihr "Die Schwelle" in die Hand. Von ihr aus kann sie einen langen, schönen Wirtun ins gelobte Land führen. K.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Sonntag Succinil "Wäitgen aus dem goldenen Westen". Morgen, Montag "Don Cesar". Dienstag "Die Scheidungsreise", nächsten Sonntag Nachmittag Verbis "Traviata".

Fremiere. Mittwoch das Siedes Garril'sche Drama "Das Gefährnis". Samstag die Operette "Der Vetter aus Dingsda", Musik von Eduard Künneke.

Die Oper bereitet für Sonntag, den 23. Oktober Krenz "Aufreigen" vor, die Operette bringt als nächste Neuheit die "Tamaras" von

Robert Stolz, und das Schauspiel ist mit Proben zu Shakespeares „Romeo und Julia“ und Besingung „Wanna von Barnheim“ beschäftigt.

Lehrer Vortragsabend Ludwig Hardt. Morgen, Montag, halb 8, Produktendörfer. Populäre Preise von Kr. 10, 8, 6, 4 (und Steuer). Ludwig Hardt wird aus den bisherigen Programmen aufzurufen des Publikums wählen, sonst aber Neues sprechen. Zum ersten Mal bringt er aus seinen „Schauspielerporträts“: Ose Schumann, Ballenberg, Kaisermann, Wegener, Schildkrout, Wajski. Pfeifliche Karten bei Wepler und an der Abendkasse.

I. vorklassisches Sonntagkonzert. Heute, halb 4, Produktendörfer. Franz Schubert: Sonatine Opus für Violine und Klavier, Variationen As-dur und Militärmärsche (vierhändig), Follensquintett. Mitwirkende: Georg Szell, Dr. Rudolf Tesler, Paul Schöberl und die Akademieprofessoren Schwesda, Mit und Tomischkiel. Abonnements von Kr. 40 bis 100, Einzelkarten von Kr. 5 bis 12 von 3 Uhr an der Konzertkasse.

Schaffische Sinfonie. Gustav Drecher dirigiert 18. d. M. um halb 8 Uhr abends die Schaffische Sinfonie im Smetanasaal. Programm: Wagner — Dufoni Weber — Borodin und J. Stravinsky. Karten im Vorverkauf.

„Urania.“
„Das Unbekannte Spanien.“ Heute halb vier in der „Urania“. Forschungsreisender Kurt Stiescher-Berlin. Mit Lichtbildern. Einzelkarten 5 und 4 Kronen.

Wilhelm Ostwald in der „Urania“. Der berühmte Physikochemiker spricht Dienstag, den 18., 8 1/2 Uhr, über das Thema „Gefeh und Freiheit in der Kunst“ (mit Lichtb.). Der Gelehrte wird seine neuesten aufsehenerregenden Forschungen über die Harmonie der Farben behandeln. Vorkerkungen Urania-Konglei, Smetischlag, 22.

Heute, halb 4 Uhr. „Im Bilde durch die Welt“. 1. Vortrag. „Das unbekante Spanien“ mit 100 prächtigen Lichtb. Kurt Stiescher-Berlin. Abonnemen für 10 Vorträge für Mtgl. 30 Kr., für Nichtmtgl. 35 Kr. Einzeltarte 5 und 4 Kronen.

Freitag, den 14., 6 Uhr „Moderne Experimentalphysik“. Doz. Dr. Friedrich Drehsand. Kurs — 10 Kr. Dieser Kurs mit zahlreichen Experimenten erläutert die Wunder der Physik in Beleuchtung, Nadium, Höhenfonne usw.

Freitag, den 14., halb 8 Uhr „Musikallische Kammermusik“. Gustav Weid — Dodel — Dr. Theodor Weid. Schumann „Phantasiestücke“, Molabramm „Kofamunde“ von Fontane, Musik von Th. Weid (erste Aufführung), „Meditationen“. Karten 15—3 Kr. Mitgliederanmeldungen und Mitgl.-Erneuerung (Stahrestkarte 5 Kr.) täglich Urania-Konglei von 10—1 und 4—7 Uhr.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Eudwig Gsch und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.
Druck: Kollagen-Gesellschaft Tribuna, Prag.

Ein unentbehrliches Hausbuch.
das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das „Freiheit“-Jahrbuch 1922 für das arbeitende Volk.

das in den nächsten Wochen im Auftrage des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug! Kein minderwertiges Gedicht, keine schlechte Erzählung, sondern deshalb Aufnahme in dieses proletarische Hausbuch. Der Leser findet darin nur die besten Namen der deutschen und ausländischen Schrifttums. — In allzubehenden Arbeiterfamilien findet man leider noch immer die fühligen „Familienkalender“ mit ihren verlogenen, saden „moralischen“ Geschichten. Arbeiter, die stolz darauf sind, ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, die keine bürgerliche Beltung in ihrem Reime haben würden, kaufen gedankenlos irgend einen dieser von geschäftstüchtigen Unternehmern auf den Markt geworfenen Kalender, oder klammern sich nicht darum, was für Bücher solcher Art ihre Frauen nach Hause bringen. Das muß anders werden! In seinen Feierstunden, wenn er im Kalender blättert, soll der Arbeiter nur schöne, wertvolle Erzählungen, gehaltvolle Dichtungen, gediegene Aufsätze finden. Die aber bietet ihm in überreicher Fülle das „Freiheit“-Jahrbuch. Sein Auge wird erfreut durch den reichen Bilder-

Mannd, vor allem durch die schönen ganzseitigen Illustrationen. Die Genossen, die unseren alljährlich verstorbenen Genossen Seliger konntren und sterben, wird es besonders freuen, daß dem Kalender ein ganzseitiges Bild Seliger's auf Kunstpapier beigegeben ist, das gewiß mancher Genosse einrahmen und als Erinnerungsbild verwenden wird. Trotz des reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung kostet das „Freiheit“-Jahrbuch nicht mehr als 7 Kr. Der Preis wurde so niedrig bemessen, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, sich dieses wertvolle Hausbuch anzuschaffen. Mit dem Verlage und der Auslieferung des Jahrbuches wurde die Buchhandlung „Freiheit“, Teplitz-Schönan, Theresienstraße 18, betraut. Bestellungen übernehmen jetzt schon die Kolportiere unserer Parteiblätter und die Vertrauensmänner unserer Organisationen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

PELZWAREN
Herren- u. Damenpelze, Pelzjackketts, Krägen, Boas, Muffe usw.
kauft man am besten bei
F. DENDER, Prag L, Celetná 12.
Reparaturen und Umarbeitungen werden angenommen. 144

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver
das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64
Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen.
Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Kohle - Koks - Holz
Lieferanten fuhrer- und waggonweise
S. L. Reimann Söhne,
Prag II., Václavské nám. 47.
Telephon Nr. 1675 und 4178. 92

CAFÉ ELEKTRA
PRAG-WEINBERGE,
beim Museum, neben dem Deutschen Theater.
TREFFPUNKT DER GENOSSEN
Telephon 4654. 124

Sämtliche Druckaufträge
übernimmt 98
Lidová knižkárna A. Němec a spol.
 („Pravo Lidu“)
PRAG II, Hybernská 7. = Tel. 4999.

KONSUMVEREINE, KAUFLEUTE!
deckt euren Bedarf an
STRAPAZHOSEN
aus Zwirnzeug, Strucks etc. beim Erzeuger
Johann Brodtkorb, Petersdorf,
Bezirk Jägerndorf, Schlesien.
Verlangen Sie Nachnahme-Probesendung.
Nichtpassendes nehme ich zurück. 154

Pierins-
Semi and Essig
ist der Beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen. 4

Wir erzeugen wieder feinste
Theemargarine „SANA“
und vorzügliche
Tafelmargarine „AXA“
den besten, altbewährten Butterersatz
der Neuzeit in Friedensqualität.
Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín
Půjčovní 2. 151

DRUŽSTVO ČESKOSLOVENSKÝCH KREJČÍ
MAISON LOUVRE
PRAG, NARODNI TRIDA 20
VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS
AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
STETER ZUANGANG TELEPHON: ERSTKLASS. SCHNITT
VON NEUHEITEN 7688 4648 UND VERARBEITUNG
142

Kanalfasse, Inlette, Matratzen
Gradl und Damaste, für Inland u. Export liefert billigst Kronover Erzeugung von Leinen- und Baumwollwaren 58
Viktor Prager,
Prag-IL, Trahláfská ul. Nr. 21, nächst Repräsentationshaus
Telefon 2252
Erstklassige Kragenbüglerin
wird per Oktober aufgenommen.
Chemische Reinigung
Friedrich Hölscher,
Znaim. 102

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

Zur Beachtung!

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, dass unser Likör
„Ein Klostergeheimnis“ nachgeahmt
wird u. fremde Erzeugnisse sogar in unsere Originalflaschen nachgefüllt werden.
Wir bitten die Käufer unseres Likörs gut alle Einzelheiten unserer Etikettierung, insbesondere auch die Unverletztheit des Siegels, zu beachten, um vor Täuschungen gesdiützt zu sein.

Likörfabrik Schönriesen, Ges. m. b. H.
(vormals Gebrüder Eckelmann).

139

BERSON GUMMIABSÄTZE
BILLIGER ALS LEDER